

Umwelt und Freizeit

Umweltschutz

Auf legislativer Ebene wurde die Abteilung zur Ausarbeitung mehrerer Bundesgesetze herangezogen, die mit dem Umweltschutz in Zusammenhang stehen. Überdies waren Verordnungen im Wirkungsbereich des Magistrates zu erlassen.

Auf dem Gebiet des ökologischen Umweltschutzes wurden die Arbeiten zur Erstellung von Beurteilungsgrundlagen für Eingriffe in Natur und Landschaft fortgesetzt. Mit Inkrafttreten des Washingtoner Artenschutzabkommens ist für die Abteilung mit der Beurteilung und Ausstellung von Import-, Export- sowie Vorerwerbsbescheinigungen zusätzlich ein Aktionsgebiet entstanden.

Im Bereich des technischen Umweltschutzes konnte durch schalltechnische Untersuchungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Bauvorhaben, Straßenbauten und in Sanierungsgebieten die Grundlage für eine möglichst wirkungsvolle Hintanhaltung von Umweltbelastungen geschaffen werden. An Hand mehrerer Projekte wurde ein Überblick über die Luftsituation Wiens geschaffen, konnten weiters Immissionsprognosen erstellt und gezielt mehrere Emittenten überprüft werden. Umfangreiche Arbeiten befaßten sich mit der Auswertung der Umwelterhebung. Diese Auswertung wird 1983 endgültig vorliegen.

Die Abteilung verfaßte den Entwurf für die Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBl. für Wien Nr. 16/1982 vom 27. Mai 1982, betreffend die Erklärung des Mauerbaches und Teilen seines Umlandes in Wien zum geschützten Landschaftsteil und Vorschreibung besonderer Schutzmaßnahmen (Mauerbachverordnung). Mit dieser Verordnung wurde einem der letzten naturnahen Bachläufe im Wiener Stadtgebiet der notwendige Schutz gegeben. Es werden damit der Mauerbach mit dem angrenzenden Überschwemmungsgebiet sowie Teile des Umlandes als in hohem Maße schützenswerte Lebensräume für Tiere und Pflanzen in ihrer Ursprünglichkeit erhalten und vor schädigenden Eingriffen geschützt. Weiters wurde die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 12. November 1982, betreffend die Einschränkung der Verwendung von bestimmten Auftaumitteln zur Vermeidung beziehungsweise Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte (Auftaumittelverordnung 1982), erlassen. Auf Grund dieser Verordnung dürfen in Wien seit 1. Dezember 1982 auf allen für den öffentlichen Fahrzeug- und Fußgängerverkehr bestimmten Flächen nur noch Auftaumittel verwendet werden, die weder Natrium noch Halogenide enthalten. Dadurch sollen langfristig gesehen die starken, durch Streusalz verursachten Vegetationsschäden im Stadtgebiet zumindest teilweise behoben sowie Schäden an Neupflanzungen verhindert werden.

Umfangreiche legislative Arbeiten ergaben sich im Zusammenhang mit dem Beitritt Österreichs zum Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzabkommen), BGBl. Nr. 188 und 189/1982 vom 26. April 1982. Das Landesgesetz zur Durchführung dieses Übereinkommens wurde zur Beschlußfassung durch den Wiener Landtag vorbereitet.

Die Abteilung wurde federführend zur Begutachtung des Bundesgesetzes über die Beseitigung bestimmter Sonderabfälle (Sonderabfallbeseitigungsgesetz), des Bundesgesetzes betreffend allgemeine Vorschriften über den Schutz gegen gefährliche Umweltbelastungen (Immissionsschutzgesetz) sowie des Bundesgesetzes über die Bundesanstalt für Umweltkontrolle und Strahlenschutz herangezogen. Der Leiter der Abteilung wurde bezüglich dieser drei Gesetzesentwürfe als Bundesländervertreter in die parlamentarischen Unterausschüsse berufen. Weiters war die Abteilung federführend an der Vereinbarung gemäß Art. 15 a-BV über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl zwischen Bund und Ländern beteiligt. Mitgearbeitet wurde bei der Begutachtung des Entwurfes einer neuen Tankfahrzeugverordnung des Bundes sowie an den Entwürfen zu einer Novelle zum Wiener Landesjagdgesetz, zur Luftreinhaltene Novelle 1982, zur Novellierung des Wiener Müllabfuhrgesetzes, zur Gartenschutzkundmachung sowie zur Reinhalteverordnung. Weiters erfolgte eine Mitarbeit in den Arbeitskreisen zum Entwurf der Durchführungsverordnung zum Dampfkesselmissionsgesetz, wobei die Abteilung die Leitung des Unterarbeitskreises zur Festlegung der Emissionsgrenzwerte aus Müllverbrennungsanlagen innehatte. Ferner wurde sie auch zu den Arbeitsgesprächen über eine Sanierung der Müllaufbereitungsanlagen Rinter AG beigezogen.

Entsprechend dem Aktionsradius des Naturschutzreferates betrafen die Aufgaben zum Teil raumordnerische, zum Teil flächenspezifische Probleme. Schwerpunkte der Tätigkeit waren die Beurteilung von Eingriffen in die Landschaft, die Mitwirkung an der Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen, das Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (Washingtoner Artenschutzabkommen), BGBl. Nr. 188 und 189/1982 vom 26. April 1982, sowie die Fortsetzung der für den Naturschutz relevanten Erfassungsprogramme und Forschungsaufgaben.

Die Erfassungsprogramme Biotopkartierung Wien und Gliederung der Landschaft Wiens aus ökologischer und gestalterischer Sicht wurden 1982 entsprechend dem erstellten Arbeitsprogramm fortgeführt. Für den 21. und 22. Bezirk liegen die Ergebnisse der Biotopkartierung vor. Betreffend die Gliederung der Landschaft Wiens unter Berücksichtigung ökologischer und gestalterischer Merkmale liegt der allgemeine Teil mit der

Grobabgrenzung jener Kulturlandschaften vor, die als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden sollen. Ziel dieser Untersuchung ist die Schaffung integrierter Schutzzonen: Es soll beispielsweise für das landwirtschaftlich genutzte Gebiet nördlich und südlich der Donau nicht nur die dörfliche Siedlungsstruktur auf Grund der Bestimmungen der Bauordnung geschützt werden, die Abteilung ist bemüht, auch die zugehörigen landwirtschaftlichen Produktionsflächen im Sinne einer nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Unterschutzstellung zu erhalten. Als erstes Untersuchungsgebiet wurde das Gebiet Rothneusiedl, Oberlaa und Unterlaa behandelt.

Im Naturschutzgebiet Lobau wurde 1982 die Brutvogelfauna nach der Methode der Rasterkartierung aufgenommen, wobei 78 tagaktive Vogelarten festgestellt wurden. Es wurden die Veränderungen des Brutvogelbestandes durch die Regulierung der Donau und die Abdämmung der Au beschrieben, wobei sich zeigte, daß durch den Verlust von Steilufern und Schotterbänken die Bewohner solcher Regionen fast vollständig verschwinden. Durch den intensiven Ackerbau kommt es zu einer starken Reduktion der Artenvielfalt in diesen Gebieten. Managementvorschläge für Biotopverbesserungen als Grundlage für eine Wiedereinwanderung diverser Arten in das Untersuchungsgebiet sowie zur Steigerung der Brutdichte einiger Arten wurden unterbreitet. Eine ökologische Gütekarte wurde erstellt, Maßnahmen zur Betreuung der wertvollsten Teilgebiete konnten vorgeschlagen werden.

In der Lobau wurde das Projekt der Inventarisierung aquatischer und semiaquatischer Biotoptypen in Angriff genommen. Ziel dieser Arbeit ist es, verschieden bewertete Feuchtbiotope zu erfassen und mit den Pegelständen der Donau zu korrelieren, um bei Aufstau der Donau in Zukunft für bestimmte Wasserspiegelstände Prognosen für diese Bereiche erstellen zu können.

Zum Problembereich der Vegetationsschäden durch die Salzstreuung wurden in der Paradisgasse diverse Verfahren zur Verminderung der Salzsäden an Alleebäumen, wie Ionenaustausch, Spezialdüngung und systematische Bewässerung, erprobt. Schadstoffuntersuchungen an Alleebäumen im Prater ergaben bei Kastanien in der Rustenschacherallee Natrium- und Chlorionengehalte, die weit über den Werten von extrem salzliebenden Pflanzen, sogenannte Halophyten, liegen. Auch bei absolutem Verzicht auf Streusalz und intensiver Pflege wird es Jahre dauern, die vorhandenen Schäden zu beheben, sofern dies bei vielen Bäumen überhaupt noch möglich ist. Die Weiterführung der Untersuchung soll aufzeigen, bis zu welchem Grad der Schädigung Maßnahmen zur Regeneration noch zielführend sind.

An Maßnahmen des Flächenschutzes sind die Erklärung des Mauerbaches zum geschützten Landschaftsteil sowie die Unterschutzstellung von sechs Naturgebilden zu erwähnen, darunter als markantestes die Abbauwand der ehemaligen Rudolfsziegelöfen am Laaer Berg. Unter Einsatz finanzieller Mittel wurden die Windschutzpflanzungen im 10. Bezirk, die Sanierung des Pappelteiches sowie des Heschteiches fortgesetzt.

Auf Grund der Tatsache, daß seit 27. April 1982 das Washingtoner Artenschutzabkommen in Kraft ist, ergibt sich für die Abteilung ein neues, umfangreiches Aufgabengebiet im Bereich des Artenschutzes. Die Bundesländer sind beim Vollzug dieses Abkommens nicht nur verpflichtet, Anträge auf sogenannte Vorerwerbsbescheinigungen zu überprüfen und diese auszustellen, sie bearbeiten als wissenschaftliche Behörde auch alle Anträge auf Im- und Export von Tieren und Pflanzen des Anhangs I und von daraus erzeugten Produkten. Als erstes Bundesland hat Wien ein Gesetz zur Durchführung des Übereinkommens erlassen, das es ermöglicht, alle Exemplare und Waren, die in den Anhängen verzeichnet sind, im Bundesland Wien zu überprüfen, zu kennzeichnen und im Falle einer illegalen Einfuhr auch zu beschlagnahmen. Im Jahre 1982 wurden auf Grund dieses Übereinkommens insgesamt 163 Bescheinigungen ausgestellt.

In dem Untersuchungsprojekt der B 222, Wiener Vorortestraße — Abschnitt Altmannsdorf — Rosenhügel, wurde an Hand eines Projektes für den Teilausbau der Versuch unternommen, den Begriff der Umweltverträglichkeit beispielhaft zu erarbeiten und darzustellen. Es wurden Umweltqualitätsprofile angefertigt, die das Spektrum aller planungsrelevanten Umwelteinflüsse in dem zu erwartenden Ausmaß darstellen. Sämtliche Varianten, einschließlich der Variante 0, die keinen Straßenausbau bedeutet, wurden geprüft, wobei der Bezugsraum auf den fußläufig genutzten Bereich der Anrainer ausgerichtet wurde. Die Ergebnisse einer derartigen Untersuchung stellen einen wesentlichen Bestandteil im Zuge des ministeriellen Genehmigungsverfahrens dar.

Im Endergebnis der Pilotstudie „Verkehrsberuhigung Meidling-Wilhelmsdorf“ konnten den Koordinationsstellen für Stadterneuerung sowie den Bezirksvertretungen die Unterlagen über die Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung mit den daraus resultierenden Verbesserungen der Umweltqualität im Untersuchungsbereich geliefert werden. Besondere Berücksichtigung fanden hierbei die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung, aber auch die Anforderungen des im Gebiet ansässigen Gewerbes an das Verkehrsnetz sowie Aspekte des übergeordneten Verkehrs.

In einem schalltechnischen Gutachten über das Gelände Wienerberg-Ost wurde die derzeitige Lärmsituation erfaßt, wobei insbesondere auf die südlich angrenzende A 23 — Südost-Tangente — sowie auf die westlich liegende Triester Straße Bedacht genommen wurde. Dieses Gutachten wird eine Grundlage für die künftige Flächenwidmung und Bebauung sowie für ein weiteres Projekt über die Neugestaltung der Südeinfahrt bilden. Es zeigten sich dabei auch jene Bereiche der A 23, in denen Lärmschutzmaßnahmen notwendig sind. Die Dimensionierung dieser Maßnahmen wird aber noch festzustellen sein.

An Hand von Lärmmessungen in der Lassallestraße im 2. Bezirk wurde eine Vergleichsberechnung erstellt, die die Auswirkungen des Frachtenbahnhofes Wien-Nord auf die künftige Bebauung darlegt. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird als eine der Grundlagen für die Flächenwidmung in diesem Bereich dienen.

In der lärmtechnischen Untersuchung 1982 wurden Vergleichsmessungen zur Eichung der Rechenmodelle für Lärmimmissionen durchgeführt. Mit diesen Modellen können beispielsweise die bei verschiedenen Berechnungsmethoden beigefügten Zuschläge, wie zum Beispiel für Kreuzungen, durch meßtechnische Vergleiche eingegrenzt werden; in den bestehenden Normen dienen sie als Grundlage, um etwa notwendige Korrekturen vornehmen zu können.

Als Grundlage für die Stadtteilplanung Kaisermühlen wurde eine schalltechnische Untersuchung durchgeführt, wobei sowohl auf den Bestand wie auch auf die Auswirkungen durch geplante Flächenwidmungsänderungen Rücksicht genommen wurde. Es erfolgte eine Beurteilung sowohl in Hinsicht Lärmemissionen wie -immissionen. Eine weitere schalltechnische Beurteilung wurde für die Zulegung einer vierten Fahrspur an die A 2 im Bereich Inzersdorf durchgeführt.

Zur Berechnung von komplexen Lärmsituationen wurde ein Lärmberechnungsmodell für den abteilungseigenen Computer erstellt. Mehrere Untersuchungen erfolgten an städtischen Wohnhausanlagen, so zum Beispiel Lärmmessungen als Grundlage für den Einbau entsprechender Schallschutzfenster und anderer lärmdämmender Maßnahmen. Laut Infrarotkameras wurde die Oberflächenstrahlungstemperatur von Fassaden gemessen, wobei thermische Schwachstellen in der Außenwandkonstruktion von Wohnhausanlagen aufgezeigt wurde. Es zeigte sich, daß die größten Wärmeverluste an Wohnbauten auftreten, die in der Bauperiode von 1960 bis 1975 errichtet wurden. Die geringsten Wärmeverluste treten an Bauten auf, die vor 1930 errichtet wurden, und an Häusern aus der jüngsten Bauperiode, die bereits mit einer äußeren Wärmedämmschicht ausgestattet sind.

Mitarbeiter der Abteilung sind ständig in den Fachnormenausschüssen Hochbau, Allgemeines und Akustik des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung (ÖAL) und ÖNORM vertreten. Weiters wurde in den Arbeitskreisen Schallschutz, Fensterprogramme und Raumplanung im Hinblick auf Lärmschutz und Straßenverkehrslärm mitgearbeitet.

Im Zuge der Personenstandserhebung wurde 1982 eine neuerliche Umwelterhebung für Wien durchgeführt. Zahlreiche Anfragen bei einem eigens dafür errichteten telephonischen Beantwortungsservice, das als Hilfestellung für die Ausfüllung des Fragebogens installiert worden war, zeigten das große Interesse der Bevölkerung an der Gestaltung der Umwelt in ihrem Lebens- und Arbeitsbereich. Dieser unmittelbare Kontakt war auch mit ein Grund für die ausgesprochen hohe Rücklaufquote von rund 90 Prozent der Fragebögen. Nachdem die ausgefüllten Fragebögen vorlagen, konnte in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt mit der Aufbereitung begonnen werden. Im Anschluß daran werden die Auswertung, die Interpretation und Dokumentation der Ergebnisse erfolgen. Die Ergebnisse der Umwelterhebung werden wertvolle Aussagen über Probleme in allen umweltrelevanten Bereichen liefern.

In Fortführung der Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien wurden in einem Projekt verschiedene Berechnungsmethoden zur Bestimmung der Auswirkung von Großemittenten auf die Luftsituation von Wien erarbeitet. In der abschließenden Arbeit konnte gezeigt werden, daß die berechneten und tatsächlich gemessenen Werte auch dann hinreichend genau übereinstimmen, wenn zur Ausbreitungsrechnung die Geländeunebenheiten von Wien nicht mitberücksichtigt wurden. Eine weitere Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien und der IIASA hatte zum Inhalt, die Auswirkungen der Fernwärme-Umstellung auf die Luftqualität in Wien zu erarbeiten und gleichzeitig eine Strategie zu entwickeln, die für eine bestimmte angestrebte Luftverbesserung die optimale Fernwärmeversorgung berechnet. Die theoretischen Arbeiten sind so weit abgeschlossen, daß das gesamte Programmpaket am Rechenzentrum der Stadt Wien implementiert werden kann. Die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien drückt sich auch darin aus, daß zur Zeit einige Arbeitsgruppen ihre Praktika und drei Studenten ihre Diplomarbeit am Computer der Abteilung durchführen und dabei Probleme des Umweltschutzes bearbeiten.

Auf dem Gebiete der konkreten Umweltmeßtechnik wurde im Auftrag der Abteilung vom Institut für Physik der Universität Wien ein Hochtemperaturimpaktor entwickelt, der es gestattet, direkt im Schornstein korngößenspezifische Teilchenmessungen durchzuführen. Die Kenntnis, in welcher Korngröße einzelne Schadstoffe emittiert werden, ist nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern erlaubt auch eine bessere Abschätzung der Umweltauswirkungen dieser Emissionen.

Weiters wurden im Auftrag der Abteilung vom Institut für Analytische Chemie der Technischen Universität Wien Emissionsmessungen in der Sondermüllverbrennungsanlage durchgeführt. Um auch die Auswirkungen der Sondermüllverbrennungsanlage auf die Bodenverseuchung zu eruieren und um einen Überblick über die möglichen Emissionen bei der Verwendung von verschiedenen festen und flüssigen Brennstoffen zu erhalten, wurde das Atominstitut der Österreichischen Hochschulen beauftragt, Untersuchungen über den Schwermetallgehalt aller in Österreich vorhandenen Brennstoffe, deren Aschen und Flugaschen sowie über die Schlacken der Sondermüllverbrennungsanlage durchzuführen.

Um die Auswirkung der Benzinbleiabsenkung im letzten Jahr zu verfolgen, wurde das Institut für Analytische

Chemie der Technischen Universität Wien beauftragt, über einen längeren Zeitraum den Bleigehalt im Stadt-aerosol zu untersuchen. Diese Analysen haben ergeben, daß mit der Absenkung des Bleigehaltes im Normalbenzin auch die Bleibelastung der Wiener Luft um 8 bis 10 Prozent gesunken ist.

Die Grünraumüberwachung durch Fernerkundung wurde weitergeführt und ist so weit als Methode entwickelt, daß es bereits möglich wurde, den Umfang des gesamten Grünraumes in bestimmten Bezirken automatisch zu ermitteln und zu bewerten. Darüber hinaus wurden im Zuge der Überwachung des Naturschutzgebietes Lobau eine weitere Überfliegung und Dokumentation des Zustandes dieses Naturschutzgebietes vorgenommen. Besonderes Augenmerk wurde im Jahre 1982 auf die Modernisierung des kontinuierlich arbeitenden Luftqualitätsmeßnetzes in Wien gelegt. So wurde im Zuge dieser Aktivitäten das Meßnetz so weit modernisiert, daß die Meßsignale von sieben Meßstellen zur Zeit schon automatisch aufbereitet und zu den physikalischen Größen umgerechnet werden. Die Daten stehen jederzeit zum Abruf für den Rechner der Abteilung beziehungsweise für eine Datenempfangsstation bei der MA 39 bereit. Außerdem kann bei Erreichen einer bestimmten Immissionskonzentration automatisch ein Alarm ausgelöst werden. Die Auswertung der Umweltmeßdaten wurde 1982 so weit vorangetrieben, daß vom Computer der Abteilung aus jederzeit die aktuelle Luftsituation abgefragt und anschaulich in die Stadtkarte von Wien eingezeichnet werden kann. Bei Anfragen beziehungsweise bei ungünstigen Situationen kann sofort Auskunft gegeben und können Maßnahmen gesetzt werden.

Zusammen mit der IIASA und der WHO wurde 1982 ein Workshop in Laxenburg durchgeführt, das international so große Beachtung gefunden hat, daß die amerikanische Fachzeitschrift „Atmospheric Environment“ in einem Sonderband darüber berichten wird.

Weiters wurde zusammen mit der Technischen Universität Wien ein Symposium „Die Luft in und über Wien“ vorbereitet. Der Tagungsband mit 17 Vorträgen, von denen zehn unmittelbare Ergebnisse von Arbeiten sind, die die Abteilung initiiert und finanziert hat, zeigt deutlich, daß Umweltschutz in Wien auf wissenschaftlicher Basis betrieben wird.

Die wissenschaftliche Betreuung beim Einspruch der Stadt Wien gegen die geringe Rauchgasentschwefelung beim geplanten Kraftwerk Dürnrohr erfolgte durch die Abteilung. Es konnte damit erreicht werden, daß nunmehr, angepaßt an den Stand der Technik, eine 90- bis 95prozentige Entschwefelung der Rauchgase vorgeschrieben wurde.

Zur Vervollständigung der Kenntnisse in den einschlägigen Arbeitsbereichen und zum Erfahrungsaustausch nahmen Mitarbeiter der Abteilung auch 1982 an mehreren in- und ausländischen Kongressen und Tagungen teil, so an der Informationstagung zum Washingtoner Artenschutzabkommen in Paris, am Erkennungshilfekurs zum Washingtoner Artenschutzabkommen in Wien, an der Sitzung zur Erstellung der Formulare für Bescheinigungen nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen in Salzburg, an der Hauptversammlung der deutschen Gesellschaft für Säugetierkunde, an der Expertenkonferenz der beamteten Naturschutzreferenten in Krems, am XII. AICB-Kongreß in Wien über Erfolge und Prognosen der Lärmbekämpfung, an der 11. Arbeitstagung Verfahrenstechnik in Graz, weiters an der Vortragsveranstaltung des Arbeitsausschusses „Straße und Umwelt“ in Innsbruck, am Seminar „Lebensqualität in der Großstadt“ in Lindabrunn, an der 11. Sitzung des Österreichischen Nationalen Komitees der Internationalen Alpenschutzkommission (CIPRA) in Salzburg, an der Jahrestagung der Internationalen Alpenschutzkommission in Gaschurn, am Seminar „Bestandserfassung, Bewertung und Wirksamkeit alpiner Schutzgebiete“ der CIPRA in Altmünster, an der Enquete „Erhaltung der Natur, Landschaft und Umwelt“ in Mattersburg sowie an der Sondertagung Umweltprogramm der Vereinten Nationen „10 Jahre nach Stockholm“ in Nairobi.

In der MA 22 fielen im Jahre 1982 1.642 Geschäftsstücke an.

Stadtgartenamt

Im Jahre 1982 wurden 1.825 öffentliche Gartenanlagen mit 16.771.343 m², 22 Lagerwiesen mit 826.475 m² und der „grüne“ Prater mit 6.033.042 m² gepflegt und erhalten, außerdem 73.653 Alleebäume in 1.371 Straßen auf einer Länge von 595.640 m betreut. Darüber hinaus waren für andere Dienststellen 1.322 Wohnhausgärten mit 5.996.070 m², 242 Schulgärten mit 638.462 m², 198 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 433.703 m², 8 Jugendspielflächen mit 14.182 m², 27 Grünflächen in Kinderfreibädern mit 24.165 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m² und die 260.000 m² großen Grünflächen im Strandbad Gänsehäufel gärtnerisch zu betreuen.

Mehrere Gartenanlagen mußten neu hergestellt, einige bereits bestehende Anlagen umgestaltet oder instand gesetzt werden: So wurde im 1. Bezirk der Treppelweg am Vorkai gärtnerisch ausgestaltet und waren dort Wege sowie Radwege anzulegen. Im 2. Bezirk mußten im Prater Grünanlagen verbessert werden; in der Praterstraße wurden nach dem U-Bahn- und Straßenbau Grünflächen hergestellt und neue Bäume gepflanzt. In der Oberen Augartenstraße waren nach dem Straßenumbau gärtnerische Arbeiten durchzuführen. Im 3. Bezirk wurden in der Ghegastraße—Kelsengasse im Zuge des Straßenumbaues Grünflächen angelegt. Im Planquadrat in 4, Mar-

garetenstraße, konnte die Errichtung einer Parkanlage abgeschlossen werden. Die Umgestaltung des Weghuberparkes im 7. Bezirk zu einem Barockgarten wurde fortgesetzt. In der Schrankgasse wurde eine öffentliche Grünanlage auf der Tiefgaragendecke hergestellt. Im Zuge der Errichtung einer Grünfläche in 8, Skodagasse—Feldgasse, wurden Bäume gepflanzt. Im 9. Bezirk wurden in der Ayrenhoffgasse Grünstreifen angelegt und Bäume gepflanzt. Der Rooseveltplatz mußte nach dem U-Bahn-Bau umgestaltet werden. Im 10. Bezirk wurden am Columbusplatz und in der Favoritenstraße Grünflächen gestaltet, in der Laxenburger Straße—Troststraße im Zuge des Straßenumbaues neue Grünstreifen angelegt. Im ehemaligen Pfann'schen Bad im 12. Bezirk wurden die Arbeiten zur Errichtung einer öffentlichen Parkanlage in Angriff genommen. In der Arndtstraße waren nach dem Straßenumbau Grünflächen anzulegen und Baumpflanzungen durchzuführen. Am Schöpfwerk und an den Eisteichen wurde die gärtnerische Ausgestaltung der Erholung-Park-Flächen fertiggestellt. Im Bereich des Bahnhofes Hütteldorf in 14, Keißlergasse, konnten die gärtnerischen Arbeiten sowie die Baumpflanzungen abgeschlossen werden. Im 15. Bezirk, in der Ölweingasse 27—31, wurden die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Parkanlage fortgesetzt, in der Mareschgasse die Anschlußflächen zum Rohrauerpark nach Errichtung einer Spiel- und Rodelstraße instand gesetzt. Im 16. Bezirk, in der Wichtelgasse, wurde eine öffentliche Grünanlage errichtet. Im 17. Bezirk wurden in der Kindermannngasse Bäume gepflanzt und in der Alszeile Grünstreifen erweitert. Am Bischof-Faber-Platz und in der Hockegasse im 18. Bezirk mußten die Grünstreifen erweitert und umgestaltet werden. Nach dem Straßenumbau wurden in der Zahnradbahnstraße und in der Zuckerkandlgasse im 19. Bezirk Grünflächen hergestellt und Bäume gepflanzt. An der Alten Donau wurden im 21. und 22. Bezirk die Arbeiten zur Ufersanierung fortgesetzt. Im 22. Bezirk mußte der Bereich zwischen Oberer Alter Donau und Prandaugasse gärtnerisch ausgestaltet werden. Die Melangasse wurde gärtnerisch ausgestaltet, anschließend wurden Spielgeräte aufgestellt. Entlang des Biberhaufenweges wurden Grünstreifen angelegt. Der Bereich um die Russenkirche in der Wagramer Straße mußte gärtnerisch ausgestaltet werden. Im 23. Bezirk im Wiener Flur wurden die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Parkanlage fortgesetzt. In der Zeleznygasse—Pfarrgasse wurden Bäume gepflanzt und Grünstreifen angelegt, in der Ochsenhofgasse—Zwerggraben-gasse waren Baumpflanzungsarbeiten durchzuführen.

Außerdem wurden in verschiedenen Park- und Wohnhausanlagen bzw. Straßen 11.350 Bäume gepflanzt.

Wege- und Platzflächen wurden hergestellt bzw. instand gesetzt in 1, Rathauspark, in 3, Stadtpark (Kinderpark), in 3, Modenapark, in 9, Arne-Carlsson-Park, sowie in 22, Reservegärten Hirschstetten und Eßling.

In 492 Fällen hat das Stadtgartenamt bei der Vollziehung des Baumschutzgesetzes mitgewirkt. Von Organen des amtlichen Pflanzenschutzes wurden 6.431 Gartenkontrollen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen, außerdem 6 Vorträge, 9 Lichtbildvorträge und 13 Tonfilmvorführungen zur Schulung der Gartenbesitzer veranstaltet. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung mußten 5.979 Sendungen, darunter 2.005 Waggon und 2.576 Lastkraftwagen, und auf Grund der Verordnung nach dem Qualitätsklassengesetz 4.887 Sendungen, darunter 1.262 Waggon und 3.625 Lastkraftwagen, überprüft werden.

Bäder

Im Jahre 1982 standen 22 Warmbäder einschließlich 6 Volksbäder, 4 Warm- und Sommerbäder mit zusammen 10 Schwimmhallen, ferner 12 Sommer- und 26 Kinderfreibäder, insgesamt 64 städtische Bäder, zur Verfügung. Am Beginn des Jahres 1982 hingegen waren 63 Badeanlagen in Betrieb; das Hallenbad Donaustadt wurde erst am 13. Oktober eröffnet.

Im Laufe der Umbauarbeiten im Amalienbad wurde die Wannenbadabteilung am 1. Juli wieder in Betrieb genommen. Das 25-m-Sportbecken mit einer durchgehenden Tiefe von 1,80 m sowie die dazugehörigen Umkleide- und Krafttrainingsräume wurden im Herbst dem Landesschwimmverband zur Verfügung gestellt. Diese Anlage wurde im Bereich des ehemaligen Kesselhauses errichtet. Ein Teil des neugestalteten Sonnenbades auf der Dachterrasse wurde ebenfalls in Betrieb genommen. Die generalsanierte Herrensauna konnte im September den Betrieb aufnehmen und wird während des Umbaus der Damensauna als Wechselbetrieb geführt. Das Kinderfreibad in 22, Portnergasse, blieb auch im Jahre 1982 wegen der Umbauarbeiten geschlossen.

Im Zuge weiterer größerer baulicher Leistungen, Neuerungen und Veränderungen wurde das Hallenbad Brigittenau im Rohbau fertiggestellt, mit den Installationsarbeiten konnte begonnen werden. Im Dianabad wurden Filter- und Desinfektionsanlagen für die Saunabecken eingebaut. Im Hallenbad Floridsdorf und im Theresienbad wurde der Umbau mit der Erneuerung der elektrischen Anlagen angefangen. Im Strandbad Gänsehäufel wurden Solaranlagen für die Warmwasserzubereitung der Brausen installiert. Das FKK-Gelände wurde im Jahre 1982 weiter ausgebaut.

In den Schwimmhallen ist gegenüber 1981 ein Besucherrückgang von rund 8 Prozent bzw. 120.679 Bade-gästen, in den Saunabädern um rund 14 Prozent oder 105.392 Besucher zu registrieren. Dies ist teilweise auf die Preiserhöhungen vom 5. Oktober 1981, teilweise auf die Verlängerung der Badezeit auf vier Stunden zurückzuführen. In den Abteilungen der Wannenbäder ging die Frequenz um 10 Prozent zurück, in den Brausebädern



Amtsführender Stadtrat Peter Schieder (Umwelt und Freizeit) bei der Eröffnung des Erholungsgebietes „Laaer Wald“

Forstamt
Stadtgartenamt

Das rechte Donauufer wurde im Bereich des 20. Bezirkes gärtnerisch neu gestaltet





Die frühere Zugwache „Liesing“ im 23. Bezirk, Siebenhirtenstraße 8–10, wurde zu einer Hauptfeuerwache ausgebaut

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Dieses geländegängige Fahrzeug wird als „Tauchervorausfahrzeug“ eingesetzt. Es kann zwei Taucher und auf dem Dach ein Schlauchboot mit Außenbordmotor auch im unwegsamen Gelände rasch zur Einsatzstelle bringen



ist ein Besucherrückgang von rund 6 Prozent zu verzeichnen, ein Trend, der schon seit Jahren anhält. Die Sonnenbäder hingegen waren sehr stark besucht, wobei dies auf die Wiedereröffnung des Sonnenbades im Amalienbad zurückzuführen ist.

Die Frequenz in den Kinderfreibädern ist im allgemeinen wieder leicht steigend. Das gute Ergebnis des Jahres 1982 mit einem Plus von 21 Prozent basiert teilweise auf dem probeweise eingeführten Betrieb am Wochenende in zwei Kinderfreibädern, wobei in diesen beiden Anlagen die Besucherzahl um das Doppelte zugenommen hat, obwohl im vergangenen Sommer die Witterung an den Wochenenden ungünstig war.

Insgesamt wiesen die städtischen Bäder im Jahre 1982 mit 5.128.562 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 218.721 oder 4,1 Prozent weniger Badegäste auf. Auf die Brausebäder entfielen 741.077, auf die Wannebäder 67.747, auf die Dampf- und Saunabäder 649.482, auf die Schwimmhallen 1.401.360 und auf die Sonnenbäder im Amalien- und Jörgerbad 5.594 Besucher. Die Sommerbäder waren von insgesamt 1.763.242, die Kinderfreibäder von 500.000 Badegästen frequentiert.

Wasserbau

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes Wien wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für den „Rechten Donaudamm“ weitergeführt. Der Abschnitt I — Bereich Floridsdorfer Brücke bis Nordbahnbrücke — konnte fertiggestellt und zur Benützung freigegeben werden. Im Abschnitt II A — Bereich Nordbahnbrücke bis Traisengasse — wurden der Dammkörper, die Stützmauern bei der Nordbahnbrücke und ein Großteil der befestigten Wege und Plätze hergestellt. Mit der Errichtung einer Abgangsrampe von der Nordbahnbrücke auf den Rechten Donaudamm sowie mit der Begrünung dieses Abschnittes wurde begonnen. Der Abschnitt III — Bereich Machstraße — konnte mit Ausnahme des vorgesehenen Kafkasteges und der in seinem Widerlagerbereich situierten Aussichtsterrasse fertiggestellt werden. Als Vorbereitung für die Weiterführung der Bauarbeiten wurde mit dem Abbruch der Gebäude und der Gleisanlagen im Bereich der ehemaligen Wiener Städtischen Lager- und Kühlhaus-GesmbH, Handelskai 269, begonnen. Die Abbrucharbeiten im Bereich der ungarischen Flußschiffahrtsgesellschaft „Mahart“, stromauf der Praterbrücke, wurden abgeschlossen. Für den Bereich Brigittenufer Brücke bis DDSG-Gebäude wurde ein Detailprojekt erstellt, für den Bereich Machstraße bis Praterbrücke wurde die Projektierung begonnen.

Am linken Donauufer konnten die Arbeiten am Donaugrabendamm — dieser rund 1,2 km lange Damm stellt den Anschluß der Hochwasserschutzanlagen an den Bisamberg dar und umfaßt auch ein Hochwasserschutztor im Bereich der Nordwestbahnquerung — bis auf Rest- und Begrünungsarbeiten abgeschlossen werden. Beim Bau des Entlastungsgerinnes konnte im Baulos 2, das sich vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 über eine Länge von 12 km erstreckt, der Gerinneabschnitt um rund 0,6 km Länge erweitert werden, so daß ein geschlossener Gerinneabschnitt von 8,5 km Länge hergestellt ist. Die bisher gewonnenen rund 14,0 Millionen m³ Aushubmaterial, davon fielen im Jahre 1982 rund 1,2 Millionen m³ an, wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet; rund 2,6 Millionen m³ Material mußten auf Deponien außerhalb des Baubereiches gelagert werden. Das Ausmaß der fertiggestellten Ufer- und Inselflächen im Baulos 2 erhöhte sich im Jahre 1982 um 55 auf rund 255 ha. Mit dem Ausbau des Segelhafens Nord im Bereich der Landesgrenze und mit dem Bau der Sekundärbrücke Überfuhrstraße wurde begonnen. Im Bereich der Reichsbrücke wurde der Bau der Ufer- und Böschungsmauern fortgesetzt. Beim Bau des Bauloses 1, das sich vom Wehr 1 bis zum Hafen Lobau über eine Gesamtlänge von 9,4 km erstreckt, wurde die Baggerung im Bereich des Absturzbauwerkes abgeschlossen und dieses entfernt. Die Sicherung und Ausgestaltung der Ufer zwischen Ostbahnbrücke und Inselempumpwerk wurden fortgesetzt. Insgesamt wurden im Baulos 1 zwei Gerinneabschnitte mit einer Länge von 8,8 km ausgebaggert, davon im Jahre 1982 rund 0,4 km. Die gewonnenen 12,9 Millionen m³ Aushubmaterial, davon fielen im Jahre 1982 rund 0,5 Millionen m³ an, wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet. Das Ausmaß der fertiggestellten Ufer- und Inselflächen im Baulos 1 nahm im Jahre 1982 um 15 auf 175 ha zu. Die Arbeiten für die Umlegung der Produktenleitung wurden von der österreichischen Mineralölgesellschaft abgeschlossen. Im Zuge der Erhaltung der fertiggestellten Teile der Neuen Donau und der Donauinsel wurden, neben diversen kleineren Arbeiten, 10 ha Uferböschungen gemäht, 24 km Badestrände gesäubert und rund 30.000 m² der von der Bevölkerung am stärksten beanspruchten Böschungsfäche saniert.

Im Rahmen der Wasserwirtschaftlichen Planung und Hydrologie wurde die im Hydrographiegesetz geregelte Auswertung der Niederschlags-Oberflächenwasser- und Grundwasser-Beobachtungswerte weitergeführt. Das gesamte hydrographische Beobachtungsnetz, das von der Abteilung betreut und ausgewertet wird, umfaßt 19 Niederschlag-, 3 Oberflächenwasser- und rund 900 Grundwassermeßstellen. Im Zuge der Hydrographischen Beweissicherung — sie erfolgt für die Projekte Donauhochwasserschutz Wien und Schwechatregulierung — wurde bei der Grundwasserbeweissicherung zum Donauhochwasserschutz Wien der zweite von insgesamt drei Untersuchungsabschnitten abgeschlossen, so daß mit der Erarbeitung eines mathematischen Modells für die linksufrige Donauniederung begonnen werden kann. Die Grundwasserbeweissicherung

für die Unterlaufregulierung der Schwechat wurde fortgesetzt. Im Zuge der wasserwirtschaftlichen Planung wurde eine Untersuchung über das Abflußgeschehen des Wienflusses fertiggestellt, die als Grundlage für die Erarbeitung eines schutzwasserwirtschaftlichen Konzeptes für den Wienfluß benötigt wurde. Mit der Erstellung eines Gewässergütegrundsatzkonzeptes für den Liesingbach wurde im Jahr 1982 begonnen. Ebenso begonnen wurden die Vorarbeiten zur Erstellung eines Grundwassernutzungs- bzw. Gefahrenschutzplanes, worin in enger Kooperation mit den MA 29 und 39 wasserwirtschaftlich relevante Daten übertragen werden sollen, um letztlich eine zentrale Grundwasserbewirtschaftung des Landes Wien ermöglichen zu können.

Auf dem Gebiet der **Gewässeraufsicht** mußten neben der Routinearbeit, wie unter anderem der Prüfung genehmigungspflichtiger Projekte nach § 104 WRG 1959, der Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen, der Überprüfung von Anzeigen in Hinblick auf Gewässergefährdungen, nach 29 Ölunfällen zum Teil von Amtssachverständigen die komplizierten Instandsetzungsarbeiten überwacht werden. Insgesamt wurde am 562 Verhandlungen teilgenommen, 3 neue Kläranlagen, 49 Brunnenanlagen und 13 Wärmepumpenanlagen wurden einem Genehmigungsverfahren zugeführt. Weiters wurden 47 Kollaudierungen sowie 26 Löschnungen von Anlagen vorgenommen und 1.394 Erhebungen und Überprüfungen durchgeführt. 38 Senkgrubenmißstände wurden behoben und an 10 Feuerlöschbrunnen Sanierungsmaßnahmen gesetzt. Im Kleinelabor der Abteilung wurden 125 Abwasserproben untersucht und ausgewertet. Wenn Mißstände festgestellt werden konnten, wurden die erforderlichen Maßnahmen veranlaßt.

Im **Schutzwasserbau** konnten die Regulierungsarbeiten der Schwechat fertiggestellt werden. Der Schwechataltlauf wurde zur Gänze aufgefüllt. Bei den Arbeiten für den Straßendamm über das Mühlwasser im Zuge der Kanalstraße wurde mit der Bauphase 2 — Errichtung des Straßendamms über das Mühlwasser — begonnen, wobei die Dammschüttung und der Düker fertiggestellt wurden. Das neue Doppelprofil des Leopoldauer Hauptsammelkanals wurde bis auf baubedingte Provisorien in den Anschlußbereichen errichtet. Die Straße auf der Dammkrone wurde bis einschließlich der bituminösen Tragschicht hergestellt und dem Verkehr provisorisch übergeben.

Im Zuge der Erhaltung der Wiener Gewässer wurden Arbeiten am Liesingbach, am Wienfluß, im Hafen Kuchelau und an den übrigen Bächen und Gerinnen durchgeführt. Im Zuge der Halterbachregulierung im Bereich der Bujattigasse wurden die Regulierungsarbeiten mit der Neuherstellung von Ufersicherungen entlang der Bujattigasse weitergeführt. Die Arbeiten zur Instandsetzung der linksufrigen Böschung im Hafen Kuchelau, einschließlich des Böschungsfußes, wurden fortgesetzt. An der Alten Donau wurde im Bereich der „Großen Bucht“ mit der Ufermauersanierung und der Herstellung von Abgangstiegen begonnen, um auch diesen Abschnitt der Bevölkerung zugänglich zu machen. Im Zuge der Arbeiten am Mühlwasser wurde eine naturnahe Baggerung zur Schaffung eines entsprechenden Wasserstandes im Mühlwasser im Bereich der Lobaugasse durchgeführt. Um die verbliebenen Reste der Donaualtarme zu revitalisieren, wurden am nordwestlichen Teil des kleinen Schilloches, oberhalb des ehemaligen Pumpwerkes „Schierlinggrund“ der MA 30, die Vorarbeiten zur Durchführung einer Schlammabsaugung begonnen. Am Liesingbach im Bereich der Seybelgasse wurde die Verrohrung eines Altarmes, in den drei Kanäle einmünden, in Angriff genommen.

Im Rahmen der kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Planungen wurde an der Gewässerkartei von Wien weitergearbeitet. Die generellen Projekte zur Sanierung des Saugrabengerinnes sowie zur Beseitigung von Brückenabwässern wurden fertiggestellt, ebenso die Untersuchung über die Möglichkeit einer Vergrößerung des Sikerteiches Obere Jungenberggasse. Eine Untersuchung über eine naturnahe Regulierung des Lainzerbaches wurde begonnen, ebenso die Erstellung eines Gefahrenzonenplanes für den Gütenbach.

Gemäß der Schiffspatentverordnung wurden vom Amtssachverständigen 109 Motorschiffe und Sportboote sowie 660 Boote der Bootsvermietungen im Wiener Bereich auf ihre Funktionstüchtigkeit und gemäß des Schiffsanlagengesetzes 12 diesbezügliche Anlagen überprüft.

Forstamt

Die MA 49 — das Forstamt, ist mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der Erholungswälder im Bereich des Landes Wien, der in Niederösterreich und der Steiermark gelegenen Quellenschutzforste sowie der zugeordneten Aufforstungsflächen und Nebenbetriebe betraut. Zu seinen Aufgaben gehören weiters die Planung, Errichtung und Erhaltung von Erholungswaldeinrichtungen, die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels und die Anlage von Windschutzanlagen.

Das **Flächenausmaß** der Grundstücke, die von der Abteilung verwaltet wurden, betrug im Bereich Wien 8.051,39 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.218,66 ha, insgesamt 40.270,05 ha.

Die **Nutzung** der Bestände wurde entsprechend ihrer Widmung vollzogen. Im Bereich des Landes Wien, in Beständen, die vorwiegend der Erholung dienen, überwiegt die Einzelstammnutzung. Dabei wurden fast durchwegs nur überalterte, die Besucher gefährdende Bäume geschlägert. Darüber hinaus mußten aber zur Förderung des Jungwuchses Bestände aufgelichtet und insbesondere im Augebiet, in einem Lebensraum mit einem üppigen Wachstum der Vegetation, auch kleinflächige Schlägerungen vorgenommen werden. In allen Fällen ist

biologischen und erholungswaldorientierten Erwägungen der Vorrang gegenüber wirtschaftlichen Aspekten eingeräumt worden. In den Quellenschutzforsten, vor allem in den in Niederösterreich gelegenen Revieren, mußten bei der Bewirtschaftung die Folgen der überaus großen Holzentnahmen nach der Windwurfkatastrophe des Jahres 1976 und der daraus resultierenden Schäden Berücksichtigung finden. Dies kam in einem geringeren Holzeinschlag zum Ausdruck. Die Nutzungen in den Forstverwaltungen, die unter dem Windwurf zu leiden hatten, beschränkten sich daher im wesentlichen auf die weitere Entnahme kränkelder Bestandeselemente und auf Maßnahmen zur Schaffung stabiler Bestandesränder und -strukturen. Lediglich in den Revieren der Steiermark, die vom Windwurf nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden, konnte eine planmäßige Nutzung, entsprechend dem 10jährigen Wirtschaftsplan, vollzogen werden.

Der Gesamteinschlag betrug im Jahre 1982 wie folgt:

	Blochholz fm	Schleif- und Grubenholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	5.665,23	2.754,58	13.933,24	22.353,05
Quellenschutzforste	40.003,52	15.753,10	9.002,06	64.758,68
Zusammen	45.668,75	18.507,68	22.935,30	87.111,73
Prozent	52,4	21,3	26,3	100,0

Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang um rund 11.000 fm (etwa 10 Prozent) zu verzeichnen, der durchwegs auf die besonderen Umstände in den Quellenschutzforsten zurückzuführen ist. Bezeichnend ist jedoch, daß der Anteil des hochwertigen Blochholzes am Gesamteinschlag um rund 22 Prozent abgenommen hat. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß bei den megenmäßig reduzierten Schlägerungen auf forsthygienische Umstände verstärkt Rücksicht genommen wurde. Ferner muß auch in Betracht gezogen werden, daß es bereits in den Vorjahren durch die gegebenen Umstände notwendig war, kränkelder Bestandeselemente zu entfernen.

Bei der Rohholzabgabe war man bemüht, vordringlich die Versorgung des Sägewerkes der Stadt Wien in Hirschwang zu gewährleisten. Das gesamte Restholz wurde dem Holzmarkt zugeführt.

	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	8.864,00	14.323,59	23.187,59
Quellenschutzforste an Fremde	46.244,54	8.493,37	54.737,91
an das Sägewerk Hirschwang	9.021,45	—	9.021,45
Zusammen	64.129,99	22.816,96	86.946,95

Das Jahr 1982 war gekennzeichnet durch eine ausgesprochene Flaute am Holzmarkt. Die Spannungen im Nahen Osten, der traditionell von Österreich beliefert wird, die internationalen Finanzschwierigkeiten einerseits und kanadische und skandinavische Holzlieferungen mit außerordentlich niedrigen Preisen sowie letztlich der Import von Rundholz aus osteuropäischen Staaten nach Österreich brachten die Bewegungen am Inlandsmarkt fast völlig zum Erliegen. Selbst Holzabnehmer, die jahrzehntelang inländische Ware bezogen, stellten ihre Käufe völlig ein. Dies hatte zur Folge, daß geschlägertes Holz in den Revieren der Stadt Wien monatelang unverkauft blieb. Erst gegen Jahresende belebte sich das Kaufinteresse, jedoch bei stark gedrückten Preisen. Diese Umstände zeichneten sich auch am Schleifholzsektor ab, zumal die Zellstoff- und Papierindustrie auch Absatzschwierigkeiten hatte. Lediglich der Brennholzverkauf im Wiener Raum war bei gleichbleibenden Preisen weiterhin gut.

Im Sägewerk Hirschwang wirkte sich die rückläufige Nachfrage und der Preisverfall besonders deutlich aus. Den widrigen Umständen wurde jedoch durch die Reduktion des Verschnittes und durch Anhebung der Lagerbestände entgegengewirkt. Der Jahresverschnitt betrug im Jahre 1982 9.671,71 fm, was gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von rund 8 Prozent bedeutet. Bei einer außerordentlich hohen Ausbeute von 68,25 Prozent wurden 6.563,83 m³ Schnittholz erzeugt. Zum Verkauf gelangten 6.016,60 m³ Schnittholz.

Die Aufforstungsarbeiten in den Wirtschaftswäldern hatten durchwegs noch immer die Wiederaufforstung der Kahlflächen nach dem Windwurf, aber auch die Nachbesserung bereits erfolgter Kulturen zum Ziel. Der Aufbau von mehrstufigen Mischholzbeständen, nicht zuletzt im Sinne der Widmung der Quellenschutzforste, erfordert einen laufenden und äußerst zeitaufwendigen Arbeitseinsatz, der insbesondere in alpinen

Lagen große Schwierigkeiten bereitet. Während in Tieflagen, aus denen die Pflanzen bezogen werden, bereits der Austrieb einsetzt, verhindern im Regelfall Schneedecken die Kulturarbeiten. Überdies sind durch die große Anzahl erforderlicher Saisonarbeiter beträchtliche organisatorische Probleme zu lösen, zumal festgelegte Termine, zu denen die Arbeiten erfolgen sollten, wegen ungünstiger Witterung immer wieder verschoben werden müssen. 415.750 Bäume und Sträucher wurden für Wiederaufforstungen, 388.950 für Nachbesserungen vorhergehender Kulturen und 22.000 für Neuaufforstungen benötigt. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der ausgebrachten Forstpflanzen nur unwesentlich zurückgegangen. Bemerkenswert erscheint aber die Tatsache, daß der Laubholzanteil rund 31 Prozent beträgt. Dieser hohe Anteil in alpinen Forstgebieten, in denen bislang vorwiegend die Fichte allein kultiviert wurde und man das Aufkommen anderer Holzarten dem Zufall überließ, unterstreicht die mühevollen Maßnahmen zur Erzielung standortgerechter Mischholzbestände.

Alle Forstbestände, insbesondere die Kulturflächen, sind von Schädlingen bedroht. So wurden als vorbeugende Maßnahme mittelalte Bestände, die von Borkenkäfern (*Ips typographus*) stark befallen waren, durch den Windwurf plötzlich aufgelichtet wurden und zu kränkeln begonnen, abgetrieben.

Ferner hat man behandelte Fangrinde gegen den Rüsselkäfer (*Hylobius abietis*), der die Jungpflanzen befällt, ausgelegt. Das größte Problem stellen aber weiterhin die Maßnahmen zur Vermeidung der Wildschäden dar. Neben der Erhaltung der Schutzzäune um Kulturflächen, dem Streichen mit Wildverbißmitteln und dem mechanischen Einzelschutz gegen Verbiß und Verfegen hat man aber als flankierende Maßnahme vor allem Verbißhölzer angebaut und damit beachtliche Erfolge erzielt. Mit der Verbesserung des Lebensraumes des Wildes wird so zugleich auch die Bestandesstabilität erhöht.

Die weiträumige Forstaufschließung ist zwar schon vollzogen, jedoch ist es laufend notwendig, durch den Neubau von Verbindungsstraßen und Stichwegen den Erfordernissen zu entsprechen. Im Jahre 1982 wurden 13,3 km Forststraßen fertiggestellt. In der Forstverwaltung Stixenstein sind noch 2.750 m Forststraßen in Bau.

Die Bringung des Holzes wurde auf Grund des Ausbaues der Aufschließungswege in den letzten Jahren fast durchwegs mit lokalem Fuhrwerk oder Lastzügen durchgeführt. Lediglich in jenen Fällen, in denen keine Aufschließung gegeben war, wurden mit Seilbahnen und Seilkränen 2.279,83 fm Holz zu Tal gefördert. In der Forstverwaltung Wildalpen ist im Auertal eine Seilbahn mit einer Länge von 1.270 m errichtet und in Betrieb genommen worden.

In den Eigenjagdgebieten der Stadt Wien wurden im Jahre 1982 folgende Wildzahlen geschätzt bzw. Abschüsse getätigt:

	Wild	
	geschätzter oder gezählter Bestand	erlegt und Fallwild
Rotwild	1.300	420
Rehwild	2.200	690
Gamswild	1.800	463
Muffelwild	740	159
Damwild	220	28
Schwarzwild	900	493

Der Zusammenstellung kann entnommen werden, daß trotz eines wesentlichen Abganges im Jahre 1982, der Wildbestand annähernd gleichgeblieben ist.

Die Verwendung von Forstarbeitern der Stadt Wien weist signifikant die unterschiedlichen Aufgabenbereiche in den Quellenschutzforsten sowie in den Forsten im Wiener Raum auf. So wurden die Forstarbeiter in den Quellenschutzforsten zu 23 Prozent zur Holzgewinnung und zu 15 Prozent für die Gebäudeerhaltung und Inventarinstandsetzung herangezogen, während sie in den Forsten im Raume Wiens nur zu 13 Prozent für die Holzgewinnung eingesetzt waren. 14 Prozent waren für Kulturarbeiten eingeteilt, 16 Prozent für Erholungswaldmaßnahmen. Arbeitsaufwendige Arbeiten, wie etwa Durchforstungen oder die Pflege von Grünflächen in Erholungsgebieten, werden Fremdfirmen übergeben, die die Arbeiten unter Aufsicht des Personals der Stadt Wien durchführen. Auf diesem Wege kann eine bedeutend höhere Leistung erbracht werden, als es mit der beschränkten Anzahl von Forstarbeitern der Stadt Wien möglich wäre. Darüber hinaus werden Leerläufe in den Wintermonaten vermieden.

Die im Jahre 1981 begonnene Aktion „Ganz Wien trägt Grün“ wurde auch 1982 fortgesetzt. Zu den bereits bestehenden fünf „Stadtwanderwegen“ kamen zwei neue, und zwar der Weg Nr. 6 Zugberg — Maurerwald (12,5 km) und Nr. 7 Laaer Berg (15 km), die der Amtsführende Stadtrat Peter Schieder der Bevölkerung übergeben hat. In Zusammenarbeit mit dem Touristenverein „Naturfreunde“ wurde der 35 km lange Wanderweg „Rund um den Lainzer Tiergarten“ fertiggestellt.

Mit Unterstützung des Vereines „Niederösterreich-Wien, gemeinsame Erholungsräume“, wurden verschiedene Projekte realisiert. So konnte die erste Ausbaustufe des Radwanderweges Inzersdorf—Laxenburg bis Vösendorf, 3 km lang, fertiggestellt werden. Der „Schanzenrundweg Rendezvousberg“ am Bisamberg wurde mit einem bepflanzten Parkplatz an der Brünner Straße ausgestattet. Im Bereich des im Jahre 1981 zusätzlich errichteten Parkplatzes Lobau—Saltenstraße waren Ergänzungspflanzungen vorzunehmen. Die „Aufforstung Laaer Berg“ konnte eröffnet werden. Für die Ausgestaltung des „Erholungsgebietes Laaer Wald“ waren umfangreiche Pflegemaßnahmen notwendig. So wurden Durchforstungen vorgenommen, Wege neu angelegt und saniert und zwei bepflanzte Parkplätze errichtet. Ferner konnte ein Vogelschutzgebiet eingerichtet, ein Waldklassenzimmer ausgestattet und ein 40 ha großes Areal neu errichtet und eingezäunt werden. Die feierliche Eröffnung fand am 23. Mai 1982 durch den Herrn Bürgermeister statt, mehr als 80.000 Besucher kamen.

Bei der Errichtung des „Z-Radweges“ im 10. Bezirk, der vom Reumannplatz zum Böhmischem Prater führt, hatte die Abteilung im Bereich des Laaer Berges einen Bauabschnitt von 2 km auszuführen. Im Zuge der Neuaufforstungen zur Schließung des Wald-und-Wiesen-Gürtels wurden im Jahre 1982 insgesamt 92.100 Forstpflanzen auf 10,6 ha ausgebracht. Im einzelnen sind dazu die Bepflanzungen der Donauinsel sowie Wildschutzpflanzungen in Unterlaa und Breitenlee zu zählen. Umfangreiche Aufwendungen erforderten die Erhaltungsarbeiten an allen bisher angebotenen Erholungs- und Freizeiteinrichtungen, vor allem am Bisamberg, im Wienerwald und auf der Donauinsel.

Die Arbeiten zur Erstellung des Waldentwicklungsplanes für Wien wurden fortgesetzt. Bei den magistratsinternen Beratungen zur Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen war die Abteilung ständig eingeschaltet und hat in vielen Fällen Änderungs- und Ergänzungsvorschläge eingebracht. Ferner war sie mit allen Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung befaßt, die die Bereiche des Stadtumlandes und des Naherholungsraumes betrafen.

Im Rahmen der bereits traditionellen „Woche des Waldes“, die vom 19. bis 23. April mit Unterstützung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Stadtschulrates durchgeführt wurde, nahmen rund 2.000 Wiener Schulkinder an den Lehrwanderungen, an Aufforstungen, die zu Demonstrationszwecken durchgeführt werden, sowie am „Waldquiz“ teil. Die Integrierte Gesamtschule führte das Projekt „Der Wald — wir alle leben davon“ im Sommerhalbjahr 1982 durch, wobei die Abteilung unterstützend mitwirkte. Das Ziel dieser Aktion war, bei den Jugendlichen das Verständnis für den Wald zu wecken. Schließlich waren noch zahlreiche Exkursionen in- und ausländischer Delegationen in die Wiener Erholungs- und Quellenschutzwälder zu betreiben.

Sportangelegenheiten

Wie schon in den vergangenen Jahren bildete die **B a u t ä t i g k e i t** einen der Schwerpunkte der Maßnahmen auf dem Sportsektor.

Das umfangreiche Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-GesmbH verwalteten Anlagen wird weiterhin schrittweise verwirklicht. Die Generalsanierung der Sporthalle in der städtischen Wohnhausanlage in 21, Jedleeser Straße—Karl-Seitz-Hof, die im Frühjahr 1980 begonnen wurde, konnte im Jahre 1982 zügig fortgesetzt werden. Diese Generalinstandsetzung umfaßt die Renovierung der großen und der kleinen Turnhalle sowie den Einbau eines Mehrzweckraumes in das ehemalige Brause- und Wannenbad. Mit der Errichtung einer Jugendsportanlage in 10, Franz-Koci-Straße, wurde 1982 begonnen. Auf dieser Anlage werden ein Hauptspielfeld, ein Trainingsfeld mit Beleuchtung, vier Tennisplätze, eine Schulleichtathletikanlage sowie ein Platzobjekt in winterfester Ausführung mit Konditionsraum errichtet. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selbst, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. Der Umbau der Franz-Horr-Sportanlage in 10, Absberggasse 189, wurde beendet und die Anlage 1982 eröffnet. Dem ASKÖ-Landesverband Wien wurde eine Baurate in der Höhe von 10 Millionen Schilling für die Errichtung einer Eissportanlage in 10, Windtenstraße, zur Verfügung gestellt, die im Jahre 1982 eröffnet wurde.

Über Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ist es möglich, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Schul- und Sportstättenbau wurden die Arbeiten an dem 1979 begonnenen Wiener Landesleitplan für Sportstättenbau abgeschlossen. Dieser Landesleitplan bringt einerseits eine exakte Erfassung sämtlicher Sportanlagen, Sporthallen, Hallenbäder sowie der Spezialanlagen, andererseits eine Gegenüberstellung des Soll- und Ist-Bestandes und damit die Ausweisung eines allenfalls bestehenden Fehlbestandes an Sportflächen.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation, die den Wiener Landessportrat, den Wiener Landessportfachrat sowie deren Arbeits- und Fachausschuß umfassen, stellen eine geeignete Plattform für alle Beratungen

dar, die für die Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlich sind, dem Wiener Landessportrat obliegt die Verteilung von Subventionsmitteln für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaft an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnehmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrkosten rückvergütet, insgesamt 1,1 Millionen Schilling, den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrkosten ersetzt, wobei die Höhe der Entschädigungen je nach der Entfernung gestaffelt waren. Der Gesamtbetrag belief sich auf 300.000 S. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern wurden 600.000 S angewiesen. Für die im Jahre 1977 ins Leben gerufene Förderung von Spitzensportlern wurden 600.000 S aufgewendet. Im Jahre 1982 fanden fünf Sitzungen des Präsidiums des Landessportrates statt.

Der Wiener Landessportfachrat hielt am 26. Mai 1982 seine Vollversammlung ab, während sein Fachauschuß siebenmal zusammentrat.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1982 18 Jugendspielplätze und 23 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen worden sind. Die acht von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für den Trainings- und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb kostenlos zur Verfügung gestellt. Weitere sieben Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße 106, Laxenburger Straße—Heuberggstättenstraße, 16, Kandlerstraße 38, und 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt. Auf den Sportanlagen in 16, Kandlerstraße 38, und 20, Lorenz-Müller-Gasse, wurde im Jahre 1982 je ein Spielfeld mit halbharter Decke errichtet.

Seit dem Jahre 1966 betreibt die Stadt Wien einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese), der sich bei den Wintersportlern großer Beliebtheit erfreut. Auf dem Cobenzl wird vom Landesskiverband Wien für die Stadt Wien eine Langlaufloipe betrieben, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Für die Benutzer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufskiern ergänzt das Service. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien im Jahre 1982 zusätzlich auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke und im Gelände des Böhmisches Praters am Laaer Berg Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-GesmbH verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Sportorganisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für Erhaltungs- bzw. für die zum Betrieb notwendigen Verwaltungsmaßnahmen.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Jugendschwimmaktion“, „Talent-Leistungsschwimmen“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt mit der Wiener Jugend gesucht. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis und diversen Fachverbänden durchgeführt. Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen gemietet. Weiters wurden organisatorische Arbeiten, wie die Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, durchgeführt sowie die Tätigkeit der vom Wiener Jugendkreis und den Fachverbänden eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Mit der Aktion „Sportplatz der offenen Tür“ haben Kinder und Jugendliche, auf einigen Anlagen auch Erwachsene, am Abend die Möglichkeit, unter Anleitung erfahrener Sportlehrer Leichtathletik und Ballspiele zu betreiben. Die Aktion fand vom 10. Mai bis 3. September auf 17 Sportanlagen bei einer Gesamtbeteiligung von 32.535 Jugendlichen und 3.320 Erwachsenen statt. Der „Sportplatz der offenen Tür“ war auch eine Aktion des Wiener Ferienspiels und des Wiener Ferienclubs.

Bei der „Jugendeislaufaktion“ in der Wiener Donauparkhalle wurden Normalkurse, Kleinkinderkurse für Kinder bis zum 6. Lebensjahr, Mutter-und-Kind-Kurse für Mütter mit Kindern im Vorschulalter, ein Perfektionskurs und ein Eishockeykurs angeboten und im Zeitraum vom 9. November 1981 bis 26. März 1982 von insgesamt 31.663 Teilnehmern besucht. Die „Fahrten zum Schnee“ sind seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der außerschulischen Jugendsportförderung. Vom 17. Jänner bis 7. März fanden an acht Sonntagen Fahrten in die nähere Umgebung Wiens statt. Die Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 16 Jahren, die daran teilnahmen, wurden von Sportstudenten und Sportlehrern in Kursen betreut. Für Begleitpersonen gab es auch wieder die Möglichkeit, an den Fahrten teilzunehmen. Insgesamt beteiligten sich 2.713 Personen.

In Zusammenarbeit mit dem Landesschwimmverband Wien wurde vom 9. November 1981 bis 5. April 1982 in vier Wiener Hallenbädern die Jugendsportaktion „Talent-Leistungsschwimmen“ durchgeführt. Teilnahmeberechtigt waren Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren, die bereits schwimmen können mußten. In Fortsetzung dieser Aktion wurden die besten Schwimmer aus allen vier Bädern ausgesucht und noch bis Ende Juni in einem Hallenbad betreut. Beim „Spielschwimmen“ hingegen wurden Kinder ab vier Jahren in spielerischer Form in

das Schwimmen eingeführt. An der Aktion „Talent-Leistungsschwimmen“ nahmen 6.388, an der Aktion „Spieleschwimmen“ 2.284 Kinder teil.

In Zusammenarbeit mit dem Fachverband für Turnen wurde die Aktion „Talent-Turnen“ durchgeführt. Die Auswahl und Aufnahme der Kinder in Leistungsriegen erfolgen jährlich nach der Wiener Meisterschaft. Vier Trainerinnen und Trainer betreuten an 159 Trainingstagen 2.302 Turnerinnen und Turner.

Viele der aufgezählten Aktionen waren Spielstationen im Wiener Ferienspiel 1982, rundeten aber auch das Programm des Wiener Ferienclubs ab. Während der Semesterferien vom 1. bis 5. Februar wurde in Zusammenarbeit mit der Bäderverwaltung, dem Landesskiverband Wien und dem Verein Wiener Jugendkreis ein spezielles Sportprogramm angeboten. In den städtischen Bädern, Sporthallen, beim Jugendeislaufen in der Wiener Stadthalle und der Donauparkhalle, auf der Langlaufloipe, auf den Skipisten Hohe-Wand-Wiese und Himmelhof-Wiese und bei den täglichen „Fahrten zum Schnee“ fanden sich insgesamt 38.379 Kinder ein. Anlässlich des Nationalfeiertages am 26. Oktober führte die Bundessportorganisation wie alljährlich in ganz Österreich Zeitmärsche und Fitläufe durch. Die Abteilung koordinierte die Veranstaltungen für den Wiener Raum.

Presse- und Informationsdienst

Die „Rathaus-Korrespondenz“ gab 1982 über das Fernschreibnetz der Austria Presse Agentur (APA) insgesamt 5.246 Meldungen durch. Gegenüber den 4.825 Meldungen des Vorjahres bedeutet das eine Zunahme von 8,7 Prozent. Die gedruckte Ausgabe der „Rathaus-Korrespondenz“ umfaßte 3.862 Seiten (1981: 3.611), was eine Steigerung von 7 Prozent bedeutet. Die Auflage betrug 850 Stück.

Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus dem kommunalen Bereich, in Lokalmeldungen und in Meldungen aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Es wird an sämtliche Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen sowie Wochen- und Monatszeitungen und verschiedene andere Institutionen und Personen weitergegeben. Für die täglichen aktuellen Lokalmeldungen ist die Stammredaktion der „Rathaus-Korrespondenz“ („rk“) zuständig, deren Diensthabender Redakteur werktags jeweils in der Zeit von 7.30 bis 19.30 Uhr erreichbar ist. Auch Samstag und Sonntag macht ein Redakteur in der „rk“ Dienst, in der übrigen Zeit werden die Anrufe auf Tonband aufgenommen, so daß die „rk“ praktisch Tag und Nacht erreichbar ist.

Das übrige Nachrichtenmaterial aus allen Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erarbeitet. Die Pressereferenten sind auch für die Vorbereitung und Organisation von Pressekonferenzen und Presseführungen zuständig. Insgesamt wurden 168 Pressekonferenzen abgehalten (1981: 77), die meisten davon im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck werden jeweils Presseinformationen hergestellt, fallweise auch Photos, Zeichnungen und Pläne sowie andere Presseunterlagen.

Jeden Dienstag mittag nach der Sitzung des Stadtsenates hält Bürgermeister Leopold Gratz ein Pressegespräch ebenfalls im Konferenzsaal der Abteilung ab.

Zu der Arbeit der Pressereferenten gehören das Verfassen von Artikeln und Reden sowie die Mitarbeit an den im Informationsbereich des Presse- und Informationsdienstes hergestellten Publikationen, Flugblättern, Insertionen und dergleichen.

Im Juni 1982 wurde erstmals ein Telephonnachrichtendienst (TND) der Rathauskorrespondenz installiert, der Tag und Nacht unter der Telephonnummer 15 40 erreichbar ist. Seit Herbst 1982 beteiligt sich die Abteilung auch am Postversuch Bildschirmtext. Auf 100 Seiten werden umfassende Informationen über kommunale Einrichtungen angeboten. An Werktagen gibt es zweimal täglich Sendungen, um 7 Uhr und um 12.30 Uhr, an Wochenenden sowie an Feiertagen gibt es eine Sendung jeweils um 7 Uhr. Die Nachrichten und Meldungen werden von den Redakteuren der Stammredaktion der „Rathaus-Korrespondenz“ produziert und an die APA weitergeleitet, in der die Sendung auf Endlosband gesprochen wird. Der TND ist eine Kurzfassung der „Rathaus-Korrespondenz“ und bringt darüber hinaus Tips und Anregungen. 1982 wurden 580 Belegstunden registriert, was etwa 10.000 Anrufen entspricht.

Eine wöchentliche Zusammenfassung der Meldungen der „rk“ wird ebenfalls von den Redakteuren erarbeitet. Diese Wochenübersicht „rk-intern“ wurde in einer Auflage von jeweils 1.700 Exemplaren in der Abteilung hergestellt und gedruckt. Zum Bezieherkreis zählen vor allem leitende Beamte der Stadt Wien, städtische Funktionäre, aber auch andere interessierte Stellen im In- und Ausland.

Zu den wichtigen Ereignissen, Problemen und Vorhaben erscheint die „r k - s p e z i a l“, die ausführliche Hintergrundinformation bietet. Im Jahre 1982 erschienen 11 Nummern der „rk-spezial“, die Themen gewidmet waren wie Zwischenbericht über Verkehrsplanung (Nummer 1, Jänner); Wiener Studie über Kinderunfälle (Nummer 2, Februar); Die Situation der Wiener Spitäler (Nummer 3, März); Stadtentwicklungsplan für Wien (Nummer 4, April); Bildende Künstler in Wien (Nummer 5, Mai); Studie über soziale Dienste (Nummer 6, Juni); Bilanz der Wiener Pensionistenheime (Nummer 7, Juli); Ärzteausbildung und Pflegepersonal (Nummer 8, August); Wiener Wasser (Nummer 9, September); Jugend am Werk — neues Tagesbuch (Nummer 10, Oktober); Gesundheitsbericht für Wien 1981 (Nummer 11, November).

Das Auslandspresse-Referat betreute 81 Journalisten, die aus dem Ausland angereist kamen. Für diese Journalisten, die nur kurzfristig in Wien recherchierten, mußten Interviews über Kommunalpolitik oder informative Rundfahrten und Besichtigungen arrangiert werden. Zusätzlich besuchten 37 Gruppen ausländischer Journalisten Wien, die mindestens einen Tag betreut und mit individuellem Informationsmaterial versorgt werden mußten. Wien-Reportagen wurden von 12 Rundfunk- und TV-Teams aus dem Ausland produziert, wobei sie bei der Auswahl der Drehorte beraten und bei den Dreharbeiten unterstützt wurden. Die Journalisten kamen aus allen europäischen Ländern, zusätzlich aus China, Israel, Japan, Südafrika, den Arabischen Emiraten, Taiwan, Sri Lanka, Uruguay, Venezuela, der UdSSR und den USA. Briefliche und telephonische Anfragen von beim Bundespressedienst akkreditierten Auslandsjournalisten und von solchen außerhalb Österreichs wurden bearbeitet, Informationsmaterial nach Wunsch übermittelt und auszugsweise in die englische oder französische Sprache übersetzt.

Im Jahre 1982 erschienen 51 Ausgaben des „wien-aktuell-Wochenblattes“, das als Betriebszeitung für die Mitarbeiter und Pensionisten der Stadt Wien und der städtischen Unternehmungen gratis per Post zugestellt wird. Darüber hinaus kann die Zeitung von Interessenten zum Einzelverkaufspreis von 5 S und im Vierteljahresabonnement um 50 S gekauft werden. Das „wien-aktuell-Wochenblatt“ bietet Informationen aus dem Bereich der Stadt Wien, Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, Reportagen, Berichte aus der Geschichte der Stadt Wien und Unterhaltung. Es erscheint im Kleinformat, der Umfang konnte ab Oktober 1982 von 16 auf 24 Seiten erweitert werden.

Die Zeitschrift „wien aktuell magazin“, in der gegenwärtigen Aufmachung als repräsentatives Vierfarben-Magazin seit 1975 vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien herausgegeben (Medieninhaber und Herausgeber: Stadt Wien), erschien im Jahre 1982 insgesamt sechsmal in einer Auflage von jeweils rund 52.000 Stück; der Umfang betrug pro Heft 32 Vierfarbenseiten und 30 Schwarzweißseiten („konfrontationen & perspektiven“). Die Hauptthemen der sechs „wien aktuell magazin“-Hefte des Jahrganges 1982 waren: Senioren (Heft I), Wien – lebenswerte Weltstadt (Heft II), Grünes Wien (Heft III), Freizeit (Heft IV), Kinder, Jugend (Heft V) und Stadtentwicklungsplan (Heft VI).

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien“ sind insgesamt 52 Nummern in einer Auflage von jeweils 8.500 Stück mit zusammen 2.150 Seiten erschienen, weiters 48 Sonderdrucke.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien“ sind 34 Stück mit 171 Seiten herausgegeben worden.

Der „Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger“ ist achtmal erschienen und brachte es auf 164 Seiten Tauschangebote.

Die Dokumentation und Medienbeobachtung umfassen die tägliche Herstellung des Pressespiegels, in dem vor allem die auf die Stadtverwaltung bezugnehmenden Artikel in den Wiener Tageszeitungen, in den wichtigsten Bundesländerzeitungen, in „profil“, „Wochenpresse“, „Furche“, „NFZ“, „Freie Zeitung“ und „WIE WO aktuell“ unter Berücksichtigung der Auswertung der „rk“ festgehalten werden. Der Pressespiegel wird durch Kurzfassungen kommunalpolitisch relevanter ORF-Sendungen ergänzt. 1982 wurden rund 2.000 Fernsehsendungen aufgezeichnet und 3.000 Rundfunksendungen mitgeschnitten (Ö-Bild, ZiB, „10 vor 10“ sowie die Landesrundschau mittags und abends). Diese Sendungen werden mit Hilfe vorprogrammierter Tonbandgeräte, Radiorecorder und Videorecorder aufgezeichnet und im Bedarfsfall einige Zeit gespeichert. Der Pressespiegel dient der Redaktion der Abteilung als wichtige Informationsquelle.

Im Handarchiv werden Zeitungsausschnitte und die „rk“ sowie andere Publikationen nach Stichwörtern abgelegt. Die Arbeit wird von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs durchgeführt.

Die Postwurfsendung „Wien – unsere Stadt“, die an alle Wiener Haushalte verschickt wird, erschien 1982 sechsmal. Inhaltliche Schwerpunkte waren „Ganz Wien trägt Grün“ (wien aktuell II a), „75 Jahre Gänsehäufel“ (wien aktuell II b), „Tag der offenen Tür 82“ (wien aktuell IV a), „Stadtentwicklungsplan“ (wien aktuell V a), „Weihnachten“ (wien aktuell V b) und „Zivilschutz“ (wien aktuell V c).

Im Jahre 1982 wurden folgende Broschüren und Informationsschriften herausgegeben: Die Stadt Wien hilft (10. Auflage); Wien in Zahlen; Drei neue Bezirkshallenbäder; Jööö schau – Rundfahrten „Modernes Wien“; Stadtwanderweg 6 – Zugberg – Maurer Wald; Stadtwanderweg 7 – Laaer Berg; Radln ist „in“ in Wien; Stadt-Radl-Weg; Z-Radweg; Das Pflegeheim im Sozialmedizinischen Zentrum Ost; Der Wiener Weg (in deutscher, englischer, französischer Sprache); Wohnen in Wien – „Wohnungsverbesserung“; Geriatisches Tageszentrum; weiters „Wir erwarten ein Kind“ (Normale Schwangerschaft; Risikofaktoren in der Schwangerschaft; Gefahren in der Schwangerschaft); „Unser Kind ist angekommen“ (Babypflege, Stillen, Nahrung; Schutz und Pflege des Kindes; Gefahren für das Kleinkind); „Gesunde Zähne“ (Lehrer-Information, Information für die Eltern der Volksschulkinder; Information für Schüler vom 10. bis 14. Lebensjahr); ferner Diplomkrankenpfleger – Diplomkrankenschwester; Wien für Senioren; Wien für Kaffeehausfreunde '82; Wien für Baderatten '82; Wien für Blumenfreunde '82; „Neue Donau“ und „Der Wiener Stadtentwicklungsplan – Wien 2000“ (Kurzfassung).

Mit Flugblättern wurde die Wiener Bevölkerung unter anderem über Flächenwidmungsänderungen, Verkehrsmaßnahmen, neue Bürgerdienstaußenstellen, die Aktionen „Wien im Blumenschmuck“ und „Damit Wien sauber bleibt“, die Eröffnung des Laaer Waldes und des Mittelteils der Donauinsel, die Eröffnung des Bezirkshallenbades Donaustadt, die Eröffnung der U 1 bis Kagran und den „Musikalischen Sommer“ informiert.

Unter den **Ausstellungen**, an denen die Abteilung mitwirkte, ist die „Österreichische Ferienmesse '82“ anzuführen, bei der unter dem Motto „Urlaub zwischendurch“ die neuen Freizeitgebiete präsentiert wurden.

Mit der Informationsschau „Neue Donau — Neue Chancen für den Unternehmer“, gezeigt in der Wiener Handelskammer und der Zentralsparkasse Operngasse, wurden die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Bereich der Donauinsel dargelegt. Die Ausstellung „75 Jahre Gänsehäufel“ brachte die Geschichte des ältesten Strandbades Europas sowie die geplanten Neuerungen für die Zukunft. „60 Jahre Wiener Jugendhilfswerk“ war eine Jubiläumsschau über die Mitgliedsorganisationen anlässlich einer Vortragsreihe in den Wappensälen des Rathauses. Die Fachausstellung „Der Wiener Weg“, die in mehreren Sprachen angelegt und anlässlich des internationalen Kongresses über das Altern in der Hofburg veranstaltet wurde, informierte über die Altersvorsorge in Wien.

Weitere **Veranstaltungen** waren die Eröffnung des Stadtradrweges, der über den Donaukanal und den Prater zur Donauinsel führt, mit 20.000 Teilnehmern am 20. Mai, ferner die Eröffnung des Aufforstungsgebietes Laaer Wald am 23. Mai, der Donauinsel-Mitte — I. Abschnitt am 30. Mai, des Stadtwanderweges Zugberg — Maurer Wald am 6. Juni, das Jubiläumsfest „75 Jahre Gänsehäufel“ am 3. Juli, die Eröffnung des Wasserschilflütes „Neue Donau“ am 18. August, die Eröffnung der U 1 bis Kagran am 3. September, der „Tag der offenen Tür“ am 25. September mit 165.000 Besuchern, die Eröffnung des Hallenbades Donaustadt am 12. Oktober, die Eröffnung des Stadtwanderweges Laaer Berg am 24. Oktober und die Christkindlmarkt-Malaktion im Dezember 1982, für die 4.600 Kinder aus 1.200 Schulen Zeichnungen angefertigt hatten. 16 Zeichnungen wurden prämiert und zentral ausgestellt. Bei der Organisation der Veranstaltungen „Z“-Radweg-Eröffnung (11. Juli), Eröffnung Brigittenuaer Brücke (24. Oktober) und Inbetriebnahme der Fähre Nußdorf — Donauinsel (30. Oktober) hat die Abteilung mitgewirkt.

Die Informationsveranstaltung „Ganz Wien trägt Grün“ wurde von der Abteilung am 17. April in 14, Penzinger Straße 50, am 24. April in 12, Steinbauerpark, am 29. April in 14, „Ha-Wei“-Bad, vom 7. bis 9. Mai am Landstraßer Kirtag, am 13. und 14. Mai auf dem Blumenmarkt Am Hof durchgeführt; weiters am 23. Mai im Hamerlingpark, am 3. Juni bei der Veitschi-Aktion, am 5. Juni in der Goldschlagstraße, vom 18. bis 20. Juni auf dem Penzinger Kirtag, am 19. und 20. Juni in 10, Quellenstraße — Absberggasse, am 26. September im Lainzer Tiergarten und am 2. Oktober am Wolfersberg.

An den Rundfahrten „Modernes Wien“ haben 133.000 Personen teilgenommen.

Die **Wandzeitung** „Wien aktuell“ ist mit 6 Ausgaben erschienen, alle in Vierfarbendruck. Die **Wandzeitung** „Wien informiert“, die hauptsächlich in städtischen Wohnhäusern affiziert wird, erschien mit 8 Ausgaben.

Insgesamt wurden vom Presse- und Informationsdienst 278 Inserate und PR-Artikel verfaßt und in Printmedien eingeschaltet. Die Veröffentlichungen erfolgten in insgesamt 169 Tages-, Wochen-, Bezirks-, Monats- und Fachzeitungen. Insertionsschwerpunkte waren unter anderem die Informationskampagnen „Zeig Herz — hilf mit“, „Freizeit und Erholung in Wien“, „Einladung ins Grüne“, „Musikalischer Sommer“, „Ganz Wien trägt Grün“, „Tag der offenen Tür“ und „Der Wiener Stadtentwicklungsplan“. Weitere Insertionsthemen waren die Stadtwanderwege, Rundfahrten Modernes Wien, Donauinsel/Neue Donau, Ferienspiel/Ferienclub, Sportplätze der offenen Tür, Tanz '82 — Ballettfest und „Lange Donnerstag“. Darüber hinaus wurde über die diversen sozialen Einrichtungen, über Jugendzentren, Info-Center, die Arthothek und die städtischen Bäder informiert. Die vom Presse- und Informationsdienst herausgegebenen Periodika „wien aktuell magazin“ und „wien aktuell — Wochenblatt“ sowie der telephonische Nachrichtendienst der Rathauskorrespondenz „15 40 — Aktuelles aus Wien“ waren ebenfalls Insertionsthemen.

Wie im Vorjahr wurden bezüglich Personalwerbung in erster Linie gezielt Einzelinserate in den Wiener Tageszeitungen eingeschaltet. Dabei sollten vor allem Handelsakademiker sowie Absolventen der Technischen Universität angesprochen werden.

536 Rundfunkspots wurden im Österreichischen Rundfunk gestaltet, 77 davon neu produziert. Schwerpunkte waren Veranstaltungen im kulturellen Bereich, Eröffnungen, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen, wie z. B. 75 Jahre Gänsehäufel, Laaer-Wald-Eröffnung, Stadtradrweg, Frühlingsputz und Tag der offenen Tür sowie Informationen des Magistrates, z. B. Info-Center, Langer Donnerstag, Jahresnetzkarte, Beratungsstelle der Gaswerke, Nachrichten 15 40 und Informationskampagnen. Die Spots wurden 1982 nicht nur in Radio Wien (Ö Regional), sondern auch in Ö 3 eingesetzt. Die Länge der Einschaltungen wurden von 45 Sekunden auf 20 Sekunden geändert, dafür wurden die Einschaltfrequenzen erhöht. Auch die Art der Produktion hat sich geändert, die Informationssspots wurden passend mit Musik unterlegt.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Im Jahre 1982 wurde zwar die Zahl der Einsätze von 1981 nicht erreicht, mit insgesamt 23.446 Einsätzen war jedoch die zweithöchste Gesamtzahl zu registrieren, was unter Berücksichtigung der Tatsache, daß 1982 im Zuge der Behebung schwerer Sturmschäden im Jänner binnen drei Tagen über 2.000 Einsätze zu verzeichnen waren, einer weiteren Zunahme der durchschnittlichen Einsatzbelastung der Mannschaft gleichkommt. Wenn auch glücklicherweise keine so spektakulären Einsätze wie in den vorangegangenen Jahren zu verzeichnen waren, so ist doch das Ansteigen der Zahl der Brände mittlerer Größe mit Alarmstufe 2 bzw. 3 bemerkenswert. Dabei war gerade im Jahre 1982 ein erheblicher Teil auf Brandlegung als Ursache zurückzuführen.

Nachdem bereits im Jahre 1980 durch die Indienststellung der neuen Zugwache „Landstraße“ die Schlagkraft der Feuerwehr im Bereich des 3. Bezirkes verbessert worden ist, wurde am 6. September mit der Umstellung der früheren Zugwache „Liesing“ in 23, Siebenhirtensstraße 8–10, zu einer Hauptfeuerwache eine weitere Lücke geschlossen. Die Aus- und Umbauten hatten rund zwei Jahre gedauert. Mit dieser Maßnahme wurde von seiten der Wiener Stadtverwaltung den geänderten Verkehrsverhältnissen sowie der regen Bautätigkeit im 23. Bezirk Rechnung getragen. Bisher waren diese Bereiche von der Hauptfeuerwache „Mariahilf“ in 6, Gumpendorfer Gürtel, betreut worden. Das bedeutete bislang, daß das Kommandofahrzeug mit dem Einsatzleiter sowie auch die oft lebensrettende Drehleiter bei einem Brand aus dem 6. Bezirk anfahren mußten. Mit der lebhaft fortschreitenden industriellen Entwicklung in Liesing, vor allem aber auch mit der Errichtung großer Wohnhausanlagen, wie vor allem des Wohnparkes „Alt Erlaa“, war dieser Zustand, vom brandschutztechnischen Standpunkt gesehen, nicht mehr tragbar gewesen. Mit der zusätzlichen Stationierung eines Kommandofahrzeuges, einer Drehleiter und einer weiteren Sonderfahrzeugbesatzung — die Stationierung eines Großtanklöschfahrzeuges ist für März 1983 geplant — in der neuen Hauptfeuerwache „Liesing“ wird die Brandbekämpfungssituation in diesem Gebiet wesentlich verbessert. Der Ausrückebereich der neuen Brandschutzsektion „Liesing“ — es ist dies die 8. Brandschutzsektion der Feuerwehr — umfaßt den gesamten 23. Bezirk, den 12. Bezirk etwa bis zur Verbindungsbahn, den 13. Bezirk bis Hetzendorfer Straße—Hermesstraße sowie die südliche Hälfte des Lainzer Tiergartens. Mit der Inbetriebnahme der Brandschutzsektion „Liesing“ als 8. Hauptfeuerwache war auch eine Dienstpostenaufstockung um 30 Mann verbunden.

Mit der Gründung der achten Brandschutzsektion mußte auch die Katastrophenhilfe in der Abteilung neu organisiert werden. In Anpassung an die Katastropheneinsatzplangliederung der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation wurde ein Fachreferat für Katastrophenhilfe geschaffen. Dieses Fachreferat wurde in vier Fachgebiete aufgegliedert und die Fachreferenten gemäß ihren Aufgaben- und Wirkungsbereichen den von der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation festgelegten Arbeitsgruppen für die Erstellung von Katastropheneinsatzplänen zugeteilt. Die Eingliederung bestehender Katastropheneinsatzpläne bzw. die Ausarbeitung weiterer Einsatzpläne auf der Grundlage des Katastrophenschutzplanes der Stadt Wien wurde in den Arbeitsgruppen in Angriff genommen. Auch in den Einsatzplan für die Hilfeleistung der Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs in Wien wurde die achte Brandschutzsektion miteinbezogen und der Alarmplan entsprechend den letzten Erfordernissen berichtigt und ergänzt. Gleichzeitig wurde auf Grund des abgeschlossenen Vertrages über die gegenseitige kostenlose Hilfeleistung bei Großeinsätzen der erste Schritt in umgekehrter Folge eingeleitet. Die laut Alarmplan „Einsatz Wien“ eingeteilten Freiwilligen Feuerwehren kennen ihre entsprechenden Feuerwachen in Wien bereits durch Übungen und Einsätze. Anlässlich einer Einladung des Niederösterreichischen Landesfeuerwehrkommandos hat die Wiener Berufsfeuerwehr das Industriezentrum „Süd“ besichtigt, in dem große Betriebe mit unterschiedlichen Gefahrenquellen angesiedelt sind. Es kann damit gerechnet werden, daß bei Großeinsätzen die Unterstützung der Wiener Berufsfeuerwehr in diesem Gebiet erforderlich werden könnte. Bei der Besichtigung und Vorstellung der Schwerpunkte der Einsatzbereiche durch die zuständigen Feuerwehrkommandanten haben die zum Einsatz kommenden Wiener Feuerwehrcräfte für den Einsatzfall wichtige Hinweise erhalten.

Um den ständig steigenden geistigen, fachlichen und körperlichen Erfordernissen gewachsen zu sein, die die Vielfalt an Einsätzen an jeden Feuerwehrmann stellt, wird sowohl das Ausleseprinzip bei der Aufnahme neuer Beamter strenger gehandhabt als auch das Ausbildungssystem ständig in Richtung härterer Anforderungen geändert. Körperliche und physikalisch-technische Eignungstests für Aufnahmewerber sollen sicherstellen, daß nur bestens geeignete junge Männer im Dienste der Wiener Feuerwehr stehen. Neben der ständigen Ausbildung und Schulung an immer komplizierter werdenden technischen Einsatzgeräten gewinnt auch das Üben unkonventioneller neuer Einsatzarten, die durch den technischen Fortschritt in Industrie und Gewerbe sowie durch neue bauliche Gegebenheiten notwendig werden, zunehmend an Bedeutung. Dies gilt insbesondere auch für den Einsatz von Hubschraubern im Zuge von Feuerwehreinsätzen. Im Jahre 1982 wurden unter anderem Hubschrauberübungen in Liesing sowie an einem Hochhaus am Winterhafen durchgeführt. Die Klärung der Haftungsfragen bei der Bereitstellung von Hubschraubern des Bundesheeres mußte erst im Zuge von Verhandlungen mit der Magistratsdirektion herbeigeführt werden. Diese Übungen sowie eine Probebeschäumung bei der ÖMV Lobau wurden zur weiteren Auswertung auch auf Videofilm aufgenommen. Auch die intensive Schu-

lung der Feuerwehrbeamten an den Geräten zur Schadstoffbekämpfung wurde im Rahmen von Gesamt- und Außenübungen fortgesetzt, wobei besonderer Wert auf die Einschulung an den neuen Geräten des Schadstoffcontainers und an den Ölwehrgeräten gelegt wurde.

Die sogenannten Wassereinsätze gewinnen vor allem durch den bereits sehr weit fortgeschrittenen Ausbau der „Neuen Donau“ als Bade- und Erholungsgebiet sowie durch den Ausbau des Winterhafens immer mehr an Bedeutung. Durch die Freigabe von Teilstrecken der „Neuen Donau“ für den Freizeitsport konnten bereits 32 km öffentlicher Badestrand in diesem Gebiet geschaffen werden. Um den damit verbundenen Gefahren — bei Schönwetter werden täglich bis zu 100.000 Badegäste, bei Veranstaltungen bis 200.000 Besucher auf der Insel registriert — wirksam begegnen zu können, wurde ein zweites Tauchervorausfahrzeug der Type Puch G 6 angeschafft. Mit der Indienststellung dieses Fahrzeuges ist die Anfahrt für die Einsatztaucher der Feuerwehr auch im unwegsamen Gelände der Lobau rasch und vor allem bis zum Ufer der Einsatzstelle möglich. Die Ausbildung wurde stark intensiviert und verschärft. Unter anderem konnte die praktische Ausbildung durch Verlegung des Ausbildungsortes vom Donaukanal an die Donau wesentlich effizienter gestaltet werden. Als Anerkennung für das hohe Ausbildungsniveau im Wasserdienst kann das Ersuchen der DDSG gewertet werden, ihr Schiffpersonal von der Feuerwehr im Zillenfahren ausbilden zu lassen. Dem Ersuchen entsprechend wurden im Frühjahr 1982 zehn Angehörige der DDSG in einem Grundlehrgang in einem Zeitraum von fünf Tagen im freifließenden Strom und im Bereich des Freudenufer Hafens im „händischen Zillenfahren“ ausgebildet.

Um einen effektiven Einsatzerfolg zu erzielen, sind jedoch neben einer bestmöglichen Ausbildung auch hervorragende und möglichst dem letzten Stand der Technik entsprechende Einsatzfahrzeuge und -geräte notwendig. Die Gelenkbühne, die in den letzten Tagen des Jahres 1981 angeliefert wurde, konnte nach Einschulung einer entsprechenden Anzahl von Feuerwehrbeamten in den Dienst gestellt werden. Das schwere Fahrzeug (22 t Dienstgewicht) mit einer vier Mann fassenden Bühne, ausgerüstet mit Atem- und Druckluft, fernsteuerbarem Wasserwerfer, Lichtflutanlage, 10-kVA-Stromversorgung sowie Auf- und Abseleinrichtung, mit 30 m Arbeitshöhe hat nicht nur bei allgemeinen technischen Einsätzen, sondern auch bei zwei Großbränden und bei einem totalen Stiegeinsturz eines fünfgeschossigen Wohn- und Bürohauses den Erwartungen voll entsprochen.

Im Zuge der Modernisierung der Rettungsgeräte wurde bei der Firma Magirus eine 50-m-Drehleiter bestellt, die mit Jahresende im Werk in Ulm fertiggestellt wurde und nach der technischen Überprüfung im Jänner 1983 bereits ausgeliefert werden wird. Dieses zur Zeit höchste und modernste Rettungsgerät am europäischen Kontinent ist mit zahlreichen Sicherheitseinrichtungen und einem eigenen Schrägaufzug an der Oberseite des Leittersatzes ausgerüstet, so daß nicht nur dem Einsatzpersonal, sondern auch den Personen, die gerettet werden müssen, das Auf- und Absteigen über 50 m erspart bleibt. Dieses gleichfalls 22 Tonnen schwere Gerät hat natürlich trotz seiner 224 kW (305 PS) nicht dieselbe Wendigkeit wie eine 30-m-Drehleiter, die nach wie vor das wichtigste Gerät auf diesem Rettungssektor ist. In Wien sind somit alle technischen Vorkehrungen getroffen worden, um Personen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten aus größeren Höhen retten zu können. Der Kaufpreis der DL 50 betrug 7,2 Millionen Schilling.

Die drei seit 1977 von der Feuerwehr verwendeten Großtanklöschfahrzeuge haben sich bei aller Art von Einsätzen, insbesondere bei Großbränden und Tankfahrzeugunfällen, derart bewährt, daß ein viertes Fahrzeug angeschafft wurde, das Anfang 1983 in den Dienst gestellt werden wird. Auch in diesem Fall wurde die zulässige Gesamttonnage mit 22 Tonnen voll ausgenützt. Mit dem 6 x 6-Allradantrieb verfügen diese Einheiten über eine Geländegängigkeit und ein Fahrverhalten unter schwierigsten Bodenverhältnissen, die man ihnen optisch nicht zutrauen würde. Mit 3.350.000 S Anschaffungspreis zählen die Großtanklöschfahrzeuge zu den teuersten Fahrzeugen. Da sich die Einsatzfrequenz in den beiden letzten Jahrzehnten vervierfacht hat, aber die Zahl des täglich im Dienst befindlichen Personals nur geringfügig erhöht wurde, war es erforderlich, im Einsatzdienst, wo immer es nur möglich war, die Technik entsprechend einzusetzen. Die guten Erfahrungen, die man mit dem Steyr-Chassis 1491 (Großtanklöschfahrzeuge, Gelenkbühne) gemacht hat, ließen die Notwendigkeit der selten benötigten, dann aber unentbehrlichen Sonderfahrzeuge neu überdenken. Das Ergebnis war ein Wechselladerfahrzeug nach dem Abrollsystem, von dem die erste Einheit 1982 bestellt wurde und voraussichtlich Februar 1983 bereits in den Dienst gestellt werden wird. Es wird dann mit nur zwei Mann möglich sein, bis zu 10 Tonnen Nachschubmaterial (Pölzholz, Pölzmaterial, Schadstoffbindemittel, Schaumbildner und dergleichen — verladen in entsprechenden Wechselaufbauten) bzw. Auffangbehältnisse bis 10.000 l für brennbare Flüssigkeiten oder sonstige Schadstoffe sowie eine 4.000-kg-Pulverlöschanlage in Minutenfrist an die Einsatzstelle zu bringen, ohne daß Mannschaft und Trägerchassis an die Einsatzstelle gebunden sind. Mit diesem Fahrzeug wurde der Grundstein zu einem System gelegt, dessen vollständiger Ausbau sich über die folgenden Jahre erstrecken wird. Die Kosten für das Fahrzeug mit Ladeeinrichtung, jedoch ohne Wechselladeraufbauten betrugen 1,8 Millionen Schilling. Durch den Ankauf von sechs weiteren Rüstlöschfahrzeugen um 15 Millionen Schilling konnte jene Art von Einsatzfahrzeugen weiter auf den modernsten und neuesten Stand gebracht werden, die als Gruppenfahrzeuge die Basis für die Einsatzfähigkeit sind, da sie auf Grund von Alarmen jährlich zu über 30.000 Einsät-

zen kommen. Diese Zahl übersteigt die Gesamtzahl der jährlichen Feuerwehreinsätze, weil oft zu einem Einsatz mehr als einmal hingefahren werden muß.

Weiters konnte im Jahre 1982 ein neuer Fahrzeugtyp mit zwei Einheiten in den Dienst gestellt werden, und zwar das bereits erwähnte Tauchervorausfahrzeug. Auf einem Puch-Geländewagen werden alle notwendigen Geräte für den Taucher-Ersteinsatz bzw. für die Rettung von Personen, die im Eis eingebrochen sind, mitgeführt. Die Taucher können, um Zeit zu gewinnen, bereits während der Anfahrt ihre Tauchausrüstung anlegen. Ein aufgeblasenes Schlauchboot am Dach ist nicht nur Wasserfahrzeug, sondern ein „Riesenschwimmreifen“ bei Eisrettung. Nicht zuletzt waren die Verwendung des Entlastungsgerinnes für Sportzwecke und die damit verbundenen eventuellen Gefahren mit ein Grund für die Anschaffung dieses Fahrzeugtyps. Da dieses Fahrzeug auch über entsprechende Führungsmittel verfügt, stellt es bei Waldbränden und Naturkatastrophen schlechthin „das“ Kommandofahrzeug dar. Abgesehen von der technischen Bereicherung, kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß bei der technischen Erneuerung ausschließlich österreichische Erzeugnisse verwendet wurden, soweit dies möglich war.

Schwerste Verkehrsunfälle auf Bahn und Straße ließen es angezeigt erscheinen, die Hydraulik-Rettungssysteme weiter auszubauen. Durch die zusätzliche Ausrüstung der zwei Pölrüstfahrzeuge mit dem zur Zeit leistungsfähigsten elektrisch-hydraulisch angetriebenen Spreiz- und Schneidgerät, System Hurst, stehen somit insgesamt drei Garnituren alarmmäßig zur Verfügung. Der Preis je Garnitur beträgt 300.000 S.

Ein weiterer wesentlicher Fortschritt bei der Ausrüstung konnte auf dem Gebiet des Taucherdienstes erzielt werden. Da die bisherigen Geräte bis zur Ausscheidungsreife immer wieder in den eigenen Werkstätten repariert wurden, war es nach entsprechender Erprobung möglich, bei der Feuerwehr nicht nur die 300-bar-Technik einzuführen, sondern damit gleichzeitig auch eine Geräteabgleichung mit den Freiwilligen Feuerwehren und dem Bundesheer herzustellen.

Eine wesentliche Erneuerung konnte bei der Bekleidung des Einsatzpersonals erzielt werden. Es ist nicht nur gelungen, schnittmäßig von einer „Uniform“ zu einer ausschließlich zweckbedingten Einsatzbekleidung mit Jacke und Hose zu kommen, sondern es war im Zusammenwirken mit der MA 54 möglich, für diese Einsatzbekleidung eine Stoffsorte zu bekommen, die neben guter Körperverträglichkeit und Pflegefreundlichkeit dem Träger weitestgehend Schutz vor Stichflammen und Brandhitze bietet. Die dafür erforderlichen Vorarbeiten und praktischen Erprobungen erstreckten sich über nahezu zwei Jahre. Für die Beschaffung konnte man nicht nur die erforderliche Bewilligung erhalten, sondern es sind im Budget 1983 dafür auch fünf Millionen Schilling vorgesehen. Die neue Einsatzbekleidung wird nicht nur das optische Erscheinungsbild der Feuerwehr verändern, sondern vor allem den Schutz des Feuerwehrmannes wesentlich verbessern. Ein weiterer Schritt bei der Verbesserung der Ausrüstung wurde mit der Anschaffung von Sicherheitstiefeln gemacht. Gerade die hohen Ausgaben auf dem Gebiet der Ausrüstung der Feuerwehrmänner bestätigen, daß bei aller Aufgeschlossenheit für den technischen Fortschritt der Mensch im Mittelpunkt bleibt.

Eine gute Feuerwehr wird aber nicht allein an ihrer Schlagkraft im Einsatz gemessen, sondern auch an dem Einfluß, den sie auf den vorbeugenden Brandschutz ausübt. Im Jahre 1982 wurde eine Anzahl von Aktivitäten fortgesetzt, die in früheren Jahren begonnen wurden. Entsprechend der zunehmenden Bedeutung des vorbeugenden Brandschutzes wurden viele Probleme sowohl in der öffentlichen Verwaltung als auch im Alltagsleben verstärkt behandelt.

Im Rahmen der legistischen Tätigkeit arbeitete die Abteilung bei der Novellierung der Tankfahrzeugverordnung (Transport gefährlicher Stoffe) und der Straßenverkehrsordnung (bevorzugte Straßenbenützer) mit und beriet Dienststellen in dieser Hinsicht fachtechnisch.

Im Rahmen der Amtssachverständigentätigkeit wurden zu bau- und gewerbebehördlichen Sachfragen Fachgutachten sowohl bei Augenscheinverhandlungen als auch im Wege der Aktenbearbeitung abgegeben. Zusätzlich wurden zahlreiche Bauwerber und Planer hinsichtlich der Brandschutzaspekte ihrer Objekte beraten. Diese Beratungstätigkeit hat sich, unbeschadet ihrer rechtlichen Unverbindlichkeit, als sehr vorteilhaft erwiesen, weil komplizierte Sachverhalte noch vor der Verhandlung erörtert und bei der Planung zeitgerecht berücksichtigt werden können. Innerhalb des Magistrates wurde die Schulungstätigkeit in bezug auf Brandschutz in Vorträgen der Verwaltungsakademie weitergeführt, wobei sowohl Angehörige der Baupolizeiabteilungen als auch bauausführender Abteilungen unterwiesen wurden.

Bei der Revisionstätigkeit stand die Begehung von Beherbergungsbetrieben im Vordergrund. Die bereits im Vorjahr unter Beteiligung der Abteilung geschaffene „Hotelkommission“ führte ihre Tätigkeit fort. Mit dem Wirken dieser Kommission nimmt der Sicherheitsstandard in den Wiener Hotels und Pensionen zu. Auf dem Gebiet der beratenden Tätigkeit bei der Schaffung neuer bzw. verbesserter gesetzlicher Grundlagen für Angelegenheiten, die Brandschutzfragen berühren, lagen die Schwerpunkte beim Feuerpolizeigesetz bzw. der Feuerpolizeiverordnung sowie beim Landesgesetz über die Lagerung, Verarbeitung und Verfeuerung brennbarer Flüssigkeiten. Die Novelle zum Wiener Feuerpolizeigesetz, die sogenannte Luftreinhaltenovelle, wurde vom Wiener Landtag am 23. April 1982 beschlossen und am 17. August 1982 im LGBl. für Wien Nr. 17/1982 verlautbart. Ein Entwurf für die auf Grund dieser Novelle erforderliche Kehrordnungsnovelle wurde in Zusammenarbeit

von Sachverständigen der Abteilung und der MA 64 unter teilweiser Beiziehung der MA 32 erarbeitet und bis Ende September 1982 fertiggestellt, so daß dieser Entwurf dem MD-Rechtsmittelbüro zur Genehmigung des öffentlichen Begutachtungsverfahrens vorgelegt werden konnte. Ferner wurde die für alle Amtssachverständigen des Magistrates gültige interne Weisung über die Beurteilung von Verkaufsstätten im gewerbebehördlichen Verfahren in mehreren Sitzungen eingehend überarbeitet. Auch auf dem sehr wichtigen Gebiet des Brandsicherheitswachdienstes bei Veranstaltungen wurden in gemeinsamer Arbeit mit der MA 35 Verbesserungen erzielt. So wurde unter anderem eine neue feuerwehrinterne Dienstanweisung geschaffen. Vertreter der Abteilung, der größten Berufsfeuerwehr Österreichs, wirkten in beratender Funktion bei vielen Fragen mit, die über den Interessenbereich des Landes Wien hinausgehen. In diesen Bereich fallen die Schaffung neuer Normen über Brandschutzfragen wie auch die Ausarbeitung „Technischer Richtlinien für vorbeugenden Brandschutz“. Diese beratende Tätigkeit üben die Delegierten der Wiener Feuerwehr im Rahmen des Österreichischen Bundes-Feuerwehrverbandes aus.

Der Verbesserung des vorbeugenden Brandschutzes dient in besonderem Maße auch die Information, Schulung und Ausbildung verantwortlicher Personen in Betrieben und Behörden. Seit Herbst 1982 wird die Ausbildung von Brandschutzbeauftragten in dreitägigen Seminaren mit einer schriftlichen Prüfung durchgeführt, wobei das erzielte Prüfungsergebnis mit einem Zeugnis beurteilt wird. In vier Seminaren wurden 149 Angehörige aus Industrie und Gewerbe zu Brandschutzbeauftragten, in drei weiteren zweitägigen Seminaren im Auftrag der MD-Verwaltungsakademie 150 Magistratsbeamte, vorwiegend Angehörige der MA 17, zu Brandschutzwarten ausgebildet.

Die Betriebsfeuerwehr der Österreichischen Bundestheater in Wien hat fünf Chargen zu einem dreitägigen Ausbilder-Seminar der Abteilung entsandt. In diesem Zusammenhang wurden die Ausbildungsvorschriften der Betriebsfeuerwehren überarbeitet, Ausbildungsvorschläge ausgearbeitet und die Seminarteilnehmer für ihre Ausbildungsaufgaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten geschult. In Zukunft ist für diesen Personenkreis jährlich ein Ausbilderseminar bei der Feuerwehr der Stadt Wien vorgesehen.

Auf dem Sektor der gesetzlichen Neuerungen ist weiters die Mitarbeit an einem Entwurf zu einer Novelle des Feuerwehrgesetzes zu nennen. Im Rahmen der bundesgesetzlichen Möglichkeiten wurde bei kostenpflichtigen Einsätzen von einer Kostenverrechnung zu einer Gebührenverrechnung übergegangen, da verwaltungstechnisch die Festlegung einer Gebühr einfacher ist. Weiters wurde die Feststellung der zahlungspflichtigen Partei verstärkt auf das Verursacherprinzip abgestellt, das heißt auf die Person, in deren Obsorge sich die Räumlichkeit befindet, von der das schädigende Ereignis ausgeht. Außerdem wurde im Entwurf das schuldhafte Verhalten auf Personen über 14 Jahre eingeschränkt.

Im folgenden werden Berichte über die spektakulärsten Einsätze im Jahre 1982 gebracht, die die Schlagkraft und die Einsatzbereitschaft der Wiener Berufsfeuerwehr dokumentieren:

Aus nicht feststellbarer Ursache war es am 24. Februar in einem Amtsraum des Sozialministeriums im 2. Stock des Regierungsgebäudes in 1, Stubenring 1, zu einem Brand gekommen. Bis zur Ankunft der Feuerwehr hatten Polizeibeamte erfolgreich mit zehn Handfeuerlöschern ein Übergreifen des Brandes auf benachbarte Räume verhindert. Beim Eintreffen der Löschmannschaften schlugen die Flammen aus einem Fenster der Front am Stubenring. Der Brand wurde mit einem Rohr, Anschluß Trockensteigleitung, unter Atemschutz und mit einem zweiten Rohr im Außenangriff über eine Drehleiter gelöscht. Aus Sicherheitsgründen wurde ein drittes Rohr unter Atemschutz in den 3. Stock vorgetragen und gefüllt. Von zwei weiteren Atemschutztrupps wurde der 3., 4., 5., 6. und 7. Stock untersucht, wobei zwölf Personen mit Atembeschwerden ins Freie geleitet wurden. Drei Personen wurden mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung der Rettung übergeben. Sämtliche verqualmte Stiegenhäuser und Verbindungsgänge wurden durchlüftet. Die Decke über dem Brandraum sowie das darüber gelegene Dienstzimmer des Ministers Dr. Kurt Steyrer wurden untersucht; es konnte keine Gefährdung festgestellt werden.

Im Auftrag der Magistratsdirektion wurden am 21. März im ehemaligen Schlachthof St. Marx aus einem Lager drei Kisten mit explosionsgefährlichen Chemikalien, unter anderem mit Natriumamid, Pikrinsäure, verschiedenen Perchloraten und Peroxiden, geborgen und vernichtet. Nach umfangreichen Absperrungs- und Sicherheitsmaßnahmen — die Sicherheitsabstände waren von einem Sprengstoffsachverständigen vorgegeben worden — wurde von der Feuerwehr in dem Lagerraum der Schutzwall aus Sandsäcken von den Chemikalienkisten entfernt und jede Kiste einzeln mittels Seilzügen und Umlenkrollen auf Handwagen verladen. Diese Handwagen wurden ebenfalls mittels Seilzügen auf einen freien Platz gefahren und die Chemikalien in einer Eisenwanne verbrannt. Die Arbeiten wurden zum Teil unter Atemschutz, mit Schutzanzügen und unter Einhaltung von Sicherheitsabständen durchgeführt.

Bei einem Einsatz in 20, Handelskai 126, handelte es sich um einen Brand in einem rund 120 m × 50 m großen, dreistöckigen Industriegebäude in Massivbauweise, wobei die Zwischendecken fast ausschließlich in Holz (Industriedecken) ausgeführt waren. Da am 3. Mai eine Firma mit dem Abbruch beginnen sollte, fehlten innerhalb des Gebäudes sämtliche Tore und Türen. Die Aufzüge waren alle demontiert worden, so daß an mehreren Stellen offene Schächte vom Erdgeschoß bis zum Dachboden reichten, die die Brandausbreitung wesentlich

begünstigten. Beim Eintreffen der ersten Löschbereitschaft stand ein rund 22 m × 5 m großer Vorbau an der Nordwestseite des Gebäudes in Vollbrand, und aus mehreren oberhalb gelegenen Fenstern drang dichter Qualm ins Freie. Von der ersten Löschbereitschaft wurden vier Rohre im umfassenden Außenangriff teilweise unter Hitzeschutz, ein Rohr unter Atemschutz im Innenangriff sowie ein Wendestrahrohr über eine Drehleiter und zwei Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges eingesetzt. Nach den ersten Erkundigungen war Alarmstufe 3 ausgelöst worden. Das Rohr unter Atemschutz mußte in der Folge wegen Gefährdung der Löschmannschaft zurückgenommen werden. Von der zweiten Löschbereitschaft wurden zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung unter Zuhilfenahme eines Schlauchcontainers zwei Zubringleitungen von Hydranten gelegt sowie eine Brunnensaugstelle aktiviert und drei Tragkraftspritzen an der Donau in Stellung gebracht. Zum Schutz der Umgebung wurden drei Rohre vorgenommen, zwei weitere von der Nordseite im Außenangriff eingesetzt. Die dritte Löschbereitschaft setzte zwei Rohre und ein Wendestrahrohr über Drehleiter im nordöstlichen Bereich ein. Wegen starker Hitzestrahlung mußten in weiterer Folge sämtliche Löschkräfte der ersten Bereitschaft zurückgenommen werden, statt dessen wurden im südöstlichen Bereich zwei Wasserwerfer in Stellung gebracht. Trotz dieses erheblichen Einsatzes — insgesamt waren 12 C-Rohre, vier Wasserwerfer und zwei Wendestrahrohre im Einsatz, drei Feuerwehrmänner erlitten Verbrennungen — konnte jedoch nicht verhindert werden, daß ein Großteil des Objektes ausbrannte. Die Nachlöscharbeiten erforderten noch bis in die Morgenstunden des darauffolgenden Tages die Kräfte einer Löschbereitschaft.

Im Dachboden des Hauses in 1, Singerstraße 6, war am 7. Mai infolge Brandstiftung ein Brand ausgebrochen, der auf den Dachstuhl übergreifen hatte. Da Hausbewohner der umliegenden Häuser auch Dachbrände in der Weihburggasse beziehungsweise Liliengasse anzeigten, mußte zugleich Alarmstufe 2 ausgelöst werden. Von der ersten Löschbereitschaft wurde der Brand im Haus Singerstraße 6 festgestellt und mit zwei Rohren im Innenangriff und einem Rohr über Drehleiter bekämpft. Die Einsatzdirektion löste in der Folge Alarmstufe 3 aus. Von der zweiten Löschbereitschaft wurde über eine Drehleiter ein Rohr vorgenommen, um die Dächer der in der Weihburggasse gelegenen Objekte vor Funkenflug zu schützen. Ein Rohr wurde über das Stiegenhaus des Hauses Singerstraße 8 in Stellung gebracht, um ein Übergreifen des Brandes auf das Nachbarobjekt zu verhindern. Von der dritten Löschbereitschaft wurden Sicherungsarbeiten am Dach des Hauses Singerstraße 4 durchgeführt, ferner mußte für Beleuchtung an der Einsatzstelle gesorgt werden. Nach rund einer Stunde konnte „Brand aus“ gegeben werden. Insgesamt waren sechs Rohre im Einsatz.

In der Wohnhausanlage der Gemeinde Wien in 11, Fuchsröhrenstraße 22—30, war es am 16. Juni in einer Wohnung im 3. Stock der Stiege 4 zu einer gewaltigen Gasexplosion gekommen. Durch den Explosionsdruck war die Außenmauer im Bereich des 3. und 4. Stockwerkes der erwähnten Wohnung sowie der Nachbarwohnung auf Stiege 5 in die Grünanlage geschleudert worden. Zerstört wurden dabei insgesamt acht Wohnungen. Unmittelbar nach der Explosion war es in den Trümmern der einen Wohnung zu einem Brand gekommen. Sechs Wohnparteien waren mit Verletzungen unbestimmten Grades von der Rettung in Krankenhäuser gebracht worden. Die Druckwelle der Explosion zerstörte die Fensterscheiben an Wohnhäusern im Umkreis von 80 Metern. Von den eintreffenden Löschkräften wurde der Brand mit einem Rohr gelöscht, gleichzeitig wurden die zerstörten Wohnungen nach verschütteten Personen durchsucht und die Gasleitung geschlossen. In weiterer Folge wurde auch der Schutt in der Grünanlage nach Verunglückten abgesucht. Besonders schwierig gestaltete sich die Suche nach einer Wohnpartei, deren Wohnung eingestürzt war. Wie sich später herausstellte, befand sie sich auf Urlaub.

Beim Linksabbiegen von der Roßauer Lände auf die Augartenbrücke war am 22. Juni ein mit 9.100 l Superbenzin, 4.000 l Normalbenzin und 17.900 l Diesel beladenes Sattelfahrzeug der Firma Mobil-Oil Austria umgestürzt und auf dem Gehsteig seitlich liegengeblieben. Der Lenker hatte dabei lediglich leichte Verletzungen erlitten. Bei den Domdeckeln trat Kraftstoff aus, der teils in das Rinnsal Richtung Roßauer Lände, teils von der Brücke auf den darunter liegenden Fahrweg floß. Von der erstankommenden Löschbereitschaft wurden zur Sicherstellung des Brandschutzes unverzüglich zwei Pulverrohre und zwei Schaumrohre in Stellung gebracht. Sodann wurden Kanaleinläufe abgedichtet, der unterhalb der Brücke herabtropfende Kraftstoff mußte in Faltbehältern aufgefangen werden. Von der zweiten Löschbereitschaft wurde ein Ringwasserwerfer mit entsprechender Löschwasserversorgung zum Schutz der eisernen Brückenkonstruktion im Brandfalle in Stellung gebracht. Außerdem wurden zwei weitere Schaumwasserwerfer zweier Großtanklöschfahrzeuge besetzt. Die dritte Löschbereitschaft erhielt den Auftrag, den Gewässerschutz mittels Booten und Ölsperren zu übernehmen. Auf Grund dieses Auftrages wurden das Kommandoboot, ein Ölwehrboot, zwei Arbeitsboote und drei Motorzillen eingesetzt. Gleichzeitig wurde die Einstellung des Schiffsverkehrs im Donaukanal veranlaßt. Ein weiteres Großtanklöschfahrzeug wurde am Fahrweg unterhalb der Brücke zur Aufstellung gebracht und der Schaumwasserwerfer besetzt. Im Bereich der Ausmündung Donaukanal—Donau wurde im Kehrwasserbereich aus Sicherheitsgründen eine Ölsperre ausgelegt. Eine weitere Ölsperre wurde im Bereich Kaiserbadschleuse errichtet. Vor Beginn der Umfüll- und Bergearbeiten wurden, um in einem eventuellen Brandfall einen unverzüglichen und durchschlagenden Löscherfolg erzielen zu können, eine umfangreiche und ergiebige Löschwasserversorgung aufgebaut und noch ein Wasserwerfer und zwei Schaumrohre in Stellung gebracht. Der Verkehr wurde großräu-

mig umgeleitet, alle Oberleitungen sowie die öffentliche Beleuchtung mußten stromlos gemacht werden. Unter Beiziehung von Angehörigen der Firma Mobil-Oil Austria wurde dann die gemeinsame Entnahmeleitung, über die alle sechs Kammern des Tankfahrzeuges entleert werden konnten, durch Aufschrauben zweier Flansche und Herausschlagen eines Leitungsstückes geöffnet und eine von der Firma beigestellte Kupplung angeflanscht, so daß der gesamte Kraftstoff von einem bereitgestellten firmeneigenen Tankfahrzeug über Tankfahrzeugschläuche und die Pumpe des Tankfahrzeuges übernommen werden konnte. Nach Leerpumpen der Tankkammern und Legen eines Schaumteppiches um das verunfallte Fahrzeug wurde dieses mit der Seilwinde des Teleskopbergekrans und dem Spill eines weiteren Kranfahrzeuges aufgestellt und dann von der Firma zur Bundesprüfanstalt abgeschleppt.

Vermutlich infolge Brandstiftung war im Stiegenaufgang sowie in der darunter gelegenen rund 4 m² großen Garderobe des Clublokales „Sowieso“ in 1, Grashofgasse 1, am 12. September ein Brand ausgebrochen. Von den rund 80 Gästen konnte sich ein Großteil über einen Notausgang durch die in der Köllnerhofgasse gelegenen Fenster in Sicherheit bringen, wobei sich eine Frau beim Sprung aus dem Fenster des 1. Stockes am Fuß verletzte. Bei Ankunft der Löschkkräfte war das im 1. Stockwerk gelegene Club- und Speiselokal bereits total verqualmt. Unter gleichzeitiger Vornahme von zwei Rohren — je ein Rohr über Stiegenhaus und Schiebeleiter — löschten drei Atemschutztrupps den Brand und durchsuchten sämtliche Räume nach eingeschlossenen Personen. Eine Frau und zwei Männer konnten nur mehr leblos vor der Bar liegend aufgefunden und ins Freie gebracht werden. Wiederbelebungsversuche wurden durchgeführt, blieben aber erfolglos. Von der zweiten Löschbereitschaft wurden zwei Atemschutztrupps ausgerüstet und von diesen die Räumlichkeiten im 1. Stock nach weiteren Personen abgesucht; es wurde aber niemand vorgefunden. Die Räume über dem Brandobjekt wurden nach gewaltsamem Eindringen untersucht und durchlüftet, wobei eine Frau wohlbehalten angetroffen wurde.

Im rund 40 m² großen ebenerdigen Vorraum vor der im Kellergeschoß gelegenen Diskothek „Golden Gate“ in 3, Beatrixgasse 6, waren vermutlich infolge Brandlegung am 16. September eine Sitzgarnitur, eine Vitrine mit alkoholischen Getränken und die hölzerne Wandverkleidung in Brand geraten. Die 15 Gäste sowie das Personal der Diskothek konnten ungehindert das Lokal über die beiden Notausgänge verlassen. Zur Brandbekämpfung wurden in das bereits stark verqualmte Lokal unter Atemschutz ein Rohr durch den Haupteingang und ein zweites Rohr über einen der hofseitigen Notausgänge vorgenommen. Gleichzeitig wurden die gesamten Räumlichkeiten von zwei Atemschutztrupps nach Personen abgesucht. Für die Hausparteien hatte durch den Brand keine unmittelbare Gefährdung bestanden.

Das Wohn- und Geschäftshaus in 1, Gonzagagasse 3, wurde im September gerade aufgestockt. Während des Betonierens des halbrunden Stiegenlaufes zwischen dem 4. Stock und dem im Bau befindlichen 5. Stock war es am 30. September vermutlich unter der Last des in die Schalung eingebrachten Betons zu einem Einsturz gekommen, bei dem alle Stiegenläufe der Stiege 1 in ihrer Gesamtheit abgestürzt waren und sich im Erdgeschoß zu einem rund 20 m³ großen Trümmerhaufen aufgetürmt hatten. Da nicht ausgeschlossen werden konnte, daß sich zum Zeitpunkt des Einsturzes Personen im Stiegenhaus befunden haben, und sämtlichen im Haus befindlichen Wohnparteien und Firmenangehörigen der Weg abgeschnitten war, wurde unverzüglich Alarmstufe 2 ausgelöst. Vor Beginn der Such- und Aufräumarbeiten mußten die an den Stiegenhauswänden hängenden absturzgefährdeten Trümmer entfernt werden. Dies erfolgte von einem Arbeitskorb aus, der von dem an der Baustelle befindlichen Baukran in das oben offene Stiegenhaus hinabgelassen wurde. Anschließend wurde der Trümmerhaufen abgetragen. Steine, Eisen und Beton wurden unter Mithilfe von Angehörigen der MA 48 mit Schubkarren ins Freie geschafft. Gleichzeitig stiegen Kräfte der zweiten Löschbereitschaft über die an den Fronten des Gebäudes stehenden Leitergerüste auf und stellten fest, in welchen Wohn- und Büroräumen Personen durch das eingestürzte Stiegenhaus 1 eingeschlossen waren. Diese Personen mußten über Drehleiter und die Gelenkbühne evakuiert werden. Insgesamt wurden auf diese Weise 30 Personen aus dem Haus ins Freie gebracht. Die schwierige Situation — teils mußte in großer Höhe über ein Gerüst in die Rettungskörbe übergestiegen werden — wurde von allen Personen sehr gut bewältigt. Vereinzelt wurden auch Personen zu ihren Büro- oder Wohnräumen hochgefahren, damit sie für sie wichtige Dokumente oder Habseligkeiten bergen konnten. Für einen Teil der Personen wurden vom Büro für Sofortmaßnahmen Ausweichquartiere zur Verfügung gestellt. Den übrigen Personen standen nach ihren Aussagen andere Unterkünfte zur Verfügung. Die Aufräumarbeiten im Stiegenhaus wurden von den Einsatzkräften unter großem zeitlichen und psychischem Druck durchgeführt, da geraume Zeit nicht mit Sicherheit feststand, daß sich zum Zeitpunkt des Einsturzes niemand im Stiegenhaus befunden hatte.

In einem fünfstöckigen Wohnblock in 2, Untere Donaustraße 31, mit drei Straßenfronten war im gesamten Erdgeschoß (rund 800 m²) sowie teilweise im Keller (rund 500 m²) ein Schuhgeschäft mit Lager- und Büroräumen untergebracht. An der Front Ulrichgasse war im Erdgeschoß eine hölzerne Zwischendecke eingebaut worden. Zugänge zur Betriebsanlage gab es in allen Straßenfronten sowie aus dem allgemeinen Keller. In der gesamten Betriebsanlage, insbesondere im Keller, waren große Mengen an Kartonagen mit Schuhen gelagert. Am 8. Oktober wurde die Feuerwehr gerufen, da aus den gassenseitigen Tür- und Kellerfensteröffnungen

Rauch drang; aus der Zugangstür im Stiegenhaus wurde ebenfalls Rauchaustritt wahrgenommen. Als erster Löschangriff wurden zwei Rohre unter Atemschutz gassenseitig vorgenommen. Gleichzeitig wurde unter Atemschutz das Stiegenhaus belüftet. Infolge der starken Hitzeabstrahlung konnte jedoch nicht über die im Inneren des Betriebes liegenden Stiegen zum Brandherd in den Keller vorgedrungen werden, so daß diese Rohre zurückgenommen werden mußten. Im umfassenden Angriff wurden drei Mittelschaumrohre und sechs C-Rohre zur Brandbekämpfung eingesetzt. Auf Grund der starken Rauchkonzentration im Stiegenhaus wurde das gesamte Wohnhaus aus Sicherheitsgründen vorübergehend evakuiert. Die Strom- und Gaszufuhr zum Wohnhaus wurde gleichfalls unterbrochen. Nach dreieinhalb Stunden konnte der Brand, der teilweise auch auf das Erdgeschoß übergegriffen hatte, gelöscht werden, wobei der Keller weitgehend mit Schaum geflutet werden mußte.

Im Restaurant „Capri“ in 7, Lerchenfelder Straße 129, war es aus nicht feststellbarer Ursache am 11. Oktober zu einem Vollbrand gekommen. Bei Ankunft der Feuerwehr schlugen die Flammen bereits aus der gesamten Fensterfront des Restaurants. Der Flammenüberschlag erreichte die Fensterhöhe des 2. Geschosses. Gleichzeitig mit der Vornahme von zwei Rohren unter Atemschutz durch das Stiegenhaus zur Brandbekämpfung im Restaurant wurde ein weiteres Rohr zum Schutze einer Wohnung im Mezzanin vorgetragen. Bei Ankunft der zweiten Löschbereitschaft übernahm diese den Abschnitt Stiegenhaus und untersuchte sämtliche Wohnungen und den Dachbodenraum. Alle angetroffenen Personen, insgesamt 24, wurden ins Freie geleitet. Dort wurden sie sofort vom Rettungsdienst übernommen und medizinisch versorgt. Vier von ihnen mußten mit Rauchgasvergiftungen ins Spital gebracht werden. Die erste Löschbereitschaft konnte den Geschäftsbrand mit insgesamt drei Rohren in kurzer Zeit löschen. Eine Brandausbreitung in die hintersten Räume des Restaurants, Clubräume und den Vortragsraum konnte verhindert werden. Noch während der Brandbekämpfung war der Keller unter Atemschutz begangen und der Hauptschieber der Gasanspeisung geschlossen worden.

Bei einem Einbruchdiebstahl war am 1. November von unbekanntem Tätern im Keller des Kaufhauses Schöps in 21, Franz-Jonas-Platz 7, ein Brand gelegt worden. Der Brand hatte sich bereits vor Eintreffen der Feuerwehr auf die gesamten Verkaufsräumlichkeiten sowie auf einen angrenzenden Personalraum ausgebreitet, ein an den Keller angrenzender Öllagerraum war durch den Brand gefährdet. Von den Tätern war die Brandschutztüre vom Stiegenhaus in den Keller geöffnet und offen gehalten worden, so daß sich Brandrauch und Hitze auch in den beiden Obergeschossen ausbreiten konnten. Die erste Löschbereitschaft versuchte, den Brand unter Atemschutz mit zwei Rohren zu bekämpfen, wegen der gewaltigen Hitze im Brandraum war allerdings ein Vordringen zu diesem nicht möglich, so daß der Keller nach Abschaltung der Stromversorgung durch den Störtrupp der Elektrizitätswerke mittels zweier Mittelschaumrohre beschäumt wurde. Der Brand konnte nach rund eineinhalb Stunden lokalisiert und kurz darauf gelöscht werden.

Am 7. November geriet die rund 30 m × 20 m große eingeschossige Lagerhalle in 21, Ödenburger Straße 5, in der Kosmetikartikel der Firma Gerngroß gelagert waren, in Vollbrand. Der Brand war bei Ankunft der Löschbereitschaft bereits durch das Dach durchgebrochen, ein Innenangriff in der Lagerhalle war wegen der Einsturzgefahr der Stahlkonstruktion und ständig explodierender Druckgaspackungen nicht mehr möglich. Es wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Als erste Maßnahme wurden drei Rohre im Außenangriff und ein Rohr unter Atemschutz im Innenangriff durch eine angebaute und über eine Brandschutztüre mit dem Brandraum in Verbindung stehende weitere Lagerhalle vorgenommen. Dadurch konnte der Brand auf den betroffenen Brandabschnitt beschränkt werden. Mittlerweile war Alarmstufe 3 ausgelöst worden. Nach Herstellung zweier weiterer Zubringleitungen mittels Schlauchcontainer wurde der Wasserwerfer der Gelenkbühne eingesetzt, der durch das durchgebrannte Dach in den Brandraum arbeiten konnte. In der Anfangsphase wurden außerdem zwei Eisenbahnwaggons, die auf einem Gleis unmittelbar neben der Lagerhalle standen, aus dem Gefahrenbereich geschoben. Insgesamt waren zeitweise bis zu sechs Rohre im Einsatz. Nach rund einer Stunde war der Brand voll unter Kontrolle, Nachlöscharbeiten mit zwei Rohren und Wasserwerfern dauerten noch bis in die frühen Morgenstunden. Insgesamt wurden 2.420 m Schlauchleitungen verlegt.

Im Labor im Hochparterre der Universitätsklinik für Arbeitsmedizin, die sich im Gebäude der 2. Frauenklinik in 9, Spitalgasse 23, befindet, war am 2. Dezember ein Brand ausgebrochen. Bis zum Eintreffen der Feuerwehr war die Türe des Labors verschlossen gehalten worden. Es wurden zwei Rohre, eines im Innenangriff unter Atemschutz, eines hofseitig, vorgenommen und mehrere Pulverlöcher bereitgestellt. Gleichzeitig wurde die Evakuierung der Personen aus dem unmittelbar oberhalb befindlichen Krankenzimmer der Geburtshilfestation veranlaßt. Nach Öffnen der Labortüre konnte der Brand sofort gelöscht werden. Die Gaszufuhr war vom Hauspersonal geschlossen worden.

Infolge Brandstiftung war in der Betriebsanlage der Firma Schärdinger in 14, Linzer Straße 227, in der Rampenlagerhalle (rund 8 m × 35 m) und im von diesem Raum baulich getrennten Palettenlager am 14. September ein Brand ausgebrochen. In drei Räumen des Bürotraktes waren gleichfalls Brände gelegt worden, die sich aber auf geringe Fläche beschränkten. Bei der Ankunft der ersten Löschgruppe schlugen Flammen aus dem Blechdach der Rampenlagerhalle, so daß noch vor Eintreffen der ersten Löschbereitschaft Alarmstufe 2 ausgelöst wurde. Nach Eintreffen der ersten Löschbereitschaft wurden im Innenangriff zwei Rohre sowie ein Rohr über Drehleiter auf das Dach, alle unter Atemschutz, vorgenommen. Da die Stahlkonstruktion des Daches einzustür-

zen drohte, wurde der Innenangriff abgebrochen. Nach Einsturz der Dachkonstruktion wurden die Rohre wieder vorgenommen. Weiters wurde ein Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges in Bereitstellung gebracht. Die zweite Löschbereitschaft nahm im Bereich der Garageneinfahrt ein Rohr über Drehleiter, ein zweites Rohr durch das Stiegenhaus des Bürotraktes, beide unter Atemschutz, vor. Beim Vortragen des Rohres über das Stiegenhaus wurden von der Löschgruppe zwei Kleinbrände in Büroräumen entdeckt und gelöscht. Daraufhin wurde das gesamte Bürogebäude untersucht, dabei wurde ein weiterer Kleinbrand entdeckt, der mit der Kübelspritze gelöscht wurde. Gleichzeitig wurde ein Brand im Palettenlager entdeckt und mit zwei Rohren unter Atemschutz bekämpft. Von der dritten Löschbereitschaft wurden die Kräfte der ersten Bereitschaft unterstützt, wobei mehrere mit Acetylen gefüllte Gasflaschen gekühlt und ins Freie gebracht wurden. Zur Unterstützung der zweiten Bereitschaft wurde im Bereich des Palettenlagers ein weiteres Rohr in Betrieb genommen. Nach rund zweieinhalb Stunden konnte „Brand aus“ gegeben werden. Insgesamt waren acht Rohre unter Atemschutz im Einsatz.